Deutscher Bundestag **Drucksache 20/13421**

20. Wahlperiode 16.10.2024

Antrag

des Bundesministeriums der Finanzen

Griechenland: Vorzeitige Teilrückzahlung bilateraler europäischer Kredite des ersten Hilfsprogramms

1. **Antrag auf Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 3 Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes**
2. **Antrag auf Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages gemäß § 5 Absatz 2 Nummer 1 des ESM-Finanzierungsgesetzes**

Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen – E B 2 – WK 3810/23/10004 :003 – vom 15. Oktober 2024

Anlagen: 16 (jeweils Original und informelle deutsche Arbeitsübersetzung)

Anlage 1	Antrag Griechenlands an den ESM zur vorzeitigen GLF-Teilrückzahlung
Anlage 1 a	– *informelle deutsche Arbeitsübersetzung* –
Anlage 2	Antrag Griechenlands an den EFSF zur vorzeitigen GLF-Teilrückzahlung
Anlage 2 a	– *informelle deutsche Arbeitsübersetzung* –
Anlage 3	Antrag Griechenlands an die KOM zur vorzeitigen GLF-Teilrückzahlung
Anlage 3 a	– *informelle deutsche Arbeitsübersetzung* –-
Anlage 4	Stellungnahme des ESM zur erweiterten Verwendung des vom ESM überwachten Liquiditätspuffers (VS-NfD)*
Anlage 4 a	– *informelle deutsche Arbeitsübersetzung* –*

Die an den Deutschen Bundestag übermittelten Ursprungsdateien ermöglichten keine Weiterverarbeitung zu einer barrierefreien Bundestagsdrucksache.

* Das Bundesministerium der Finanzen hat die Anlagen 4, 4a, 5 und 5a als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Anlagen sind im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und können dort von Berechtigten eingesehen werden.

Anlage 5	Stellungnahme des ESM zur vorzeitigen GLF-Teilrückzahlung (VS-NfD)*
Anlage 5 a	– *informelle deutsche Arbeitsübersetzung* –*
Anlage 6	Schreiben der KOM zur vorzeitigen GLF-Teilrückzahlung
Anlage 6 a	– *informelle deutsche Arbeitsübersetzung* –
Anlage 7	Entwurf der KOM zur technischen Umsetzung der GLF-Teilrückzahlung
Anlage 7 a	– *informelle deutsche Arbeitsübersetzung* –
Anlage 8	Schreiben der EFSF an die Eurogruppen-Arbeitsgruppe
Anlage 8 a	– *informelle deutsche Arbeitsübersetzung* –

Der Bundestag wolle beschließen:

Griechenland hat seine europäischen Partner um Zustimmung zur vorzeitigen Teilrückzahlung der bilateralen europäischen Kredite des ersten Hilfsprogramms (Greek Loan Facility – GLF) gebeten. Es geht um die vorzeitige Teilrückzahlung von 7,935 Mrd. Euro.

Die beigefügten Dokumente übersende ich mit der Bitte um Zustimmung des Deutschen Bundestages bis spätestens 13. November 2024

1. gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes (StabMechG) zu einer Ausnahme von der in der Vereinbarung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) über eine Finanzhilfefazilität mit Griechenland enthaltenen Klausel über die parallele proportionale vorzeitige Tilgung von EFSF-Darlehen durch Griechenland und
2. gemäß § 5 Absatz 2 Nummer 1 des ESM-Finanzierungsgesetzes (ESMFinG) zu einer Ausnahme von der in der Vereinbarung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) über eine Finanzhilfefazilität mit Griechenland enthaltenen Klausel über die parallele proportionale vorzeitige Tilgung von ESM-Darlehen durch Griechenland.

Nach den gesetzlichen Vorgaben hat die Zustimmung nach Ziffer 1 durch das Plenum des Deutschen Bundestages und die Zustimmung nach Ziffer 2 durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zu erfolgen. Damit würde die Bundesregierung ermächtigt, als EFSF-Garantiegeber einem entsprechenden Beschlussvorschlag zur Nichtanwendung der Parallelitätsklausel zuzustimmen und anschließend im EFSF-Direktorium den Beschluss zu billigen, sowie im ESM-Direktorium einem Beschlussvorschlag zur Nichtanwendung der Parallelitätsklausel zuzustimmen.

Begründung

Griechenland hat in Schreiben an den ESM (Anlage 1), die EFSF (Anlage 2) und an die KOM (Anlage 3) um Zustimmung zu einer vorzeitigen Teilrückzahlung der bilateralen europäischen Kredite des ersten Hilfsprogramms GLF unter Verzicht auf Anwendung der Parallelitätsklauseln der EFSF und des ESM gebeten.

Griechenland beabsichtigt eine vorzeitige Teilrückzahlung der bilateralen europäischen Kredite von 7,935 Mrd. Euro beziehungsweise 20 Prozent der ausstehenden bilateralen Kredite. Griechenland möchte dafür die in den Jahren 2026, 2027 und 2028 fälligen Rückzahlungen am 15. Dezember 2024 vorzeitig leisten. Die Rückzahlun-

gen in 2029 bis 2041 sollen unverändert bleiben. Dafür hat Griechenland den Verzicht der Gläubiger auf die in der GLF vorgesehene proportionale Anrechnung vorzeitiger Rückzahlungen auf alle vereinbarten Rückzahlungen beantragt. Griechenland bittet den ESM darum, die Zweckbindung für den vom ESM überwachten Liquiditätspuffer zu erweitern und die Teilrückzahlung von 5 Mrd. Euro aus diesem Liquiditätspuffer (mit insgesamt 15,7 Mrd. Euro) vorzunehmen, was jeweils durch einen Beschluss des ESM-Direktoriums erfolgen soll (vgl. Anlage 4 – VS-NfD). Der Liquiditätspuffer wurde in 2018 im Rahmen des dritten makroökonomischen Anpassungsprogramms geschaffen, um das Vertrauen von Investoren in Griechenlands Zahlungsfähigkeit zu stärken.

In 2023 hat Griechenland von vier der fünf von der Europäischen Zentralbank anerkannten Ratingagenturen den Investment Grade-Status wiedererlangt und hat nun vollständigen Zugang zu den Kapitalmärkten. Die vorzeitige Teilrückzahlung begründet Griechenland mit einem effektiveren Schuldenmanagement und geringerem Rollover-Risiko, einer weiteren Stärkung des Marktvertrauens und der Reduzierung des ausstehenden Schuldenportfolios sowie damit verbundener Senkung der Kosten für den öffentlichen Schuldendienst.

Derzeit stehen bilaterale GLF-Kredite in Höhe von 39,54 Mrd. Euro aus. Der deutsche Kreditanteil im Rahmen der GLF wurde von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit einer Garantie des Bundes vergeben. Der ausstehende KfW-Kredit beträgt derzeit rund 11,35 Mrd. Euro. Eine vorzeitige Rückzahlung erscheint dem Bund aufgrund der Garantievereinbarung gegenüber der KfW wirtschaftlich sinnvoll. Der Bund wird im Ergebnis wirtschaftlich nicht schlechter gestellt (§§ 56 und 58 der Bundeshaushaltsordnung).

Nach Einschätzung des ESM ergäben sich für die langfristige Schuldentragfähigkeit keine wesentlichen Änderungen (Anlage 5 – VS-NfD). Die aktuelle Schuldentragfähigkeitsanalyse im Nachprogrammüberwachungsbericht vom Juni 2024 der Europäischen Kommission zeigt für die kurze und lange Frist geringe Risiken für die Schuldentragfähigkeit. Mittelfristig hält die Europäische Kommission gem. dem Nachprogrammüberwachungsbericht die Risiken für die Schuldentragfähigkeit für hoch (hoher Schuldenstand, gestundete Zinszahlungen, Russlands Angriffskrieg, Naturkatastrophen). Griechenland habe im Jahr 2024 eine Reihe von haushaltspolitischen Maßnahmen ergriffen, die sich insgesamt leicht positiv auf die Bilanz auswirken werden (u. a. Steuerreform). Makroökonomische Ungleichgewichte und strukturelle Schwächen beständen fort. Zudem zeichne sich ein breiter Arbeitskräftemangel ab.

Die Eurogruppen-Arbeitsgruppe hat am 26. September 2024 die von Griechenland beantragte vorzeitige Teilrückzahlung bilateraler europäischer Kredite beraten. Die vorzeitige Teilrückzahlung wurde durch alle Mitgliedstaaten vorbehaltlich der Zustimmung der nationalen Parlamente grundsätzlich begrüßt. Es wurden keine Einwände gegen die Verwendung von 5 Mrd. Euro aus dem Liquiditätspuffer erhoben.

Die Europäische Kommission hat bei der GLF die Aufgabe der Koordinierung der bilateralen europäischen Kreditgeber. Sie unterstützt den Antrag Griechenlands (Anlage 6). Eine vorzeitige Teilrückzahlung der GLF wäre mit Zinseinsparungen verbunden und würde ein positives Signal an die Kapitalmärkte bezüglich der finanziellen Situation Griechenlands senden und die durchschnittliche Laufzeit der Staatsschulden verlängern und somit das Roll-over-Risiko verringern bzw. das Schuldenmanagement erleichtern. Da Griechenland vollen Zugang zu den Finanzmärkten und das Investment Grade-Rating wiedererlangt hat, stimmt die Europäische Kommission der Reduktion des Liquiditätspuffers zu.

Die Europäische Kommission empfiehlt den Kreditgebern die Zustimmung zur vorzeitigen Teilrückzahlung der GLF unter Verzicht auf die vorgesehene proportionale Anrechnung vorzeitiger Rückzahlungen auf alle vereinbarten Rückzahlungen. Sie hat zur vertragstechnischen Umsetzung der GLF-Teilrückzahlung im Anschluss an die nationalen Verfahren einen Entwurf vorgelegt (Anlage 7). Die EFSF hat die Eurogruppen-Arbeitsgruppe um Koordinierung zur vorzeitigen GLF-Teilrückzahlung gebeten (Anlage 8).

Das Bundesministerium der Finanzen unterstützt den griechischen Antrag auf Basis der Stellungnahmen des ESM und der Europäischen Kommission. Die dritte vorzeitige Teilrückzahlung europäischer Hilfskredite durch Griechenland wäre ein positives Signal, auch wenn die finanziellen Einspareffekte für Griechenland relativ gering sind. In der Vergangenheit haben auch andere ehemalige Programmländer wie Spanien und Portugal Mittel aus europäischen Hilfskrediten vorzeitig zurückgezahlt.

Zeitplan

Das Ende der parlamentarischen Verfahren wurde von den europäischen Gremien auf den 14. November 2024 terminiert. Eine Beschlussfassung auf europäischer Ebene (Übermittlung der Verzichtserklärungen) ist für den 15. November 2024, der Beschluss der ESM- und EFSF-Gremien ist für den 28./29. November 2024 vorgesehen. Ich bitte um eine Befassung des Deutschen Bundestages bis zum 13. November 2024.

Anlage 1

HELLENIC REPUBLIC

30th September 2024

Mr. Pierre Gramegna
Managing Director
European Stability Mechanism
6a, Circuit de la Foire Internationale, L-1347 Luxembourg

Re: Greek Loan Facility Prepayment

Dear Pierre,

Following up on our prior conversations, I write regarding the Hellenic Republic's proposal to prepay a further portion of its outstanding liabilities under the Greek Loan Facility among, *inter alios,* the Hellenic Republic as borrower and certain Member States whose currency is the euro originally dated 8 May 2010 as amended from time to time (the "**GLF**") using, mainly, certain excess cash reserves currently available to the Republic.

Under the financing facilities that the Republic has entered into with the ESM, a prepayment of the GLF would require a proportionate prepayment of the ESM facilities. The purpose of this letter is to request the ESM's consent to prepay a portion of the GLF without a prepayment of the ESM facilities.

The Republic is committed to working closely with its international partners with a view to following prudent policies and implementing the agreed reform commitments to further bolster the Republic's long-term growth and debt sustainability.

We believe that the proposed GLF prepayment will have a positive impact on the Republic's finances. In particular:

(a) the reduced rollover risk and the GLF prepayment would form part of the Republic's broader strategy, which aims at strengthening further market confidence in the Republic's ability to meet its debt obligations under all circumstances. In the context of this strategy, the prepayment is consistent with the rationale behind the prepayments of the IMF facilities made in 2019, 2021 and 2022 by the Republic regarding the prepayment of the outstanding amount of IMF loans as well as of the €2,645,000,000 and €5,290,000,000 prepayments in 2022 and 2023 regarding the GLF. It is also consistent with the last €3 billion 30-year GGB issuance which took place in April 2024 as well as with the €3.5 billion 15-year GGB issuance which took place in July 2023 in combination with a Liability Management Exercise (LME). It is reminded that due to the latter, a total nominal amount of €1.5 billion of Greek Government Bonds maturing in 2024 and 2025 were exchanged with a nominal amount of €1.5 billion of the new 15-year GGB resulting to an extension of the WAM of €1.5 billion Greek public debt from circa 1.5 years to 15 years. The suggested prepayment would therefore be seen by the markets as a solid and consistent funding and portfolio management strategy implemented by the Republic, as further progress towards the normalization of the Republic's finances and, by extension, the finances of the euro area as a whole

(noting that the market perception of the Republic's previous prepayments to the IMF and to the Eurozone partners was positive and led Credit Rating Agencies in upgrading Greece credit rating);

(b) the GLF prepayment will mitigate the interest rate risks that the Republic currently faces in its obligations under the GLF (as interest is calculated based on a EURIBOR or, as applicable, EONIA floating rate). Depending on future interest rate movements, this could result in a significant reduction in the Republic's annual debt servicing costs;

(c) the GLF prepayment will allow the Republic to take advantage of its low funding costs in financial markets. Funding costs for the same duration as the weighted average maturity of the prepayment yields interest cost savings of about €135 million, based on the maximum amount of the GLF prepayment set out below;

(d) the GLF prepayment will result in a longer weighted average maturity for the Republic's debt, which will allow for more effective debt management and reduced rollover risk as mentioned above. Specifically, the tranche of the GLF to be prepaid has a weighted average maturity of approximately 2.5 years, whilst any GGBs which the Republic has issued in 2024 and expects to issue in 2025 to fill the gap of the cash reserves used to finance such prepayment, are likely to have a weighted average maturity of more than 13 years, resulting in a longer weighted average maturity for the Greek public debt portfolio;

(e) the GLF prepayment will facilitate HR's strategy in reducing gradually its outstanding amount of cash reserves so, at the same time, being in line with its targets related to an efficient cash reserves management.

(f) the GLF prepayment will be consistent with both (i) the action that each of Ireland, Portugal and Cyprus has agreed with EFSF or the ESM, as applicable, with respect to IMF prepayments and (ii) the prepayments made to IMF in 2019, 2021 and 2022 by the Republic to which both the EFSF and ESM agreed. It will therefore be seen by the markets as further progress towards the normalization of the Republic's finances and, by extension, the finances of the Euro-area as a whole (noting that the market perception of the Republic's previous prepayments to the IMF was positive and led Credit Rating Agencies in upgrading Greece credit rating);

(g) following the prepayment, the Republic will still retain a significant amount of circa €31.6 billion of debt owed under the GLF to September 2041. This will maintain the continued involvement of the euro area lenders under the GLF during that period; and

(h) the prepayment would improve further the Republic's credit outlook, building upon the Republic's upgrade undertaken by the Credit Rating Agencies within 2023 and changes of the outlook to positive, in 2024. These include upgrades by Moody's, which upgraded the Republic's rating by two notches to Ba1 and changed the outlook to stable, on 15 September 2023 and retained both the rating and the outlook on 15 March 2024; Standard & Poor's, which retained the Republic's rating to BBB- (IG) and changed the outlook to positive on 19 April 2024; FITCH, which retained the Republic's rating to BBB- (IG) with a stable outlook, on 31 May 2024; SCOPE, which retained the Republic's rating to BBB- (IG) and changed the outlook to positive, on 12

July 2024 and DBRS Morningstar which retained the Republic's rating to BBB- (IG), with a stable outlook, on 8 March 2024.

The debt under the ESM facilities is less expensive in terms of spread vs Euro swap rates and for similar weighted average maturity whilst has a more advantageous maturity profile than the GLF. As such, it would allow for more efficient debt management to make payments solely to the GLF without a proportionate payment to the ESM. A proportionate repayment of the ESM facilities would mitigate certain of the advantages of the GLF prepayment to the Republic, referred to above.

The Republic's total outstanding principal amounts owed under the GLF is €39,540 million (as of today). The Republic is proposing to prepay up to €7,935 million of that amount in December 2024, corresponding to the principal payments due in 2026, 2027 and 2028 from the Hellenic Republic. In case an additional cost would be incurred due to the afore-mentioned prepayment, the Republic will compensate the Lenders, according to the terms and conditions of the GLF, but by now GLF lenders have confirmed that there are no additional costs.

Finally, the purpose of this letter is to also request the ESM's consent for the use of an amount of €5 billion from the so-called Cash Buffer Account for this GLF prepayment, as discussed and requested above, as well as the ESM's consent for repurposing the Cash Buffer Account to also allow its use for GLF prepayments in the future, each time subject to ESM's assessment and upon ESM BoD approval. The €5 billion amount is part of the €15.7 billion amount that constitutes the so-called Cash Buffer Account, which was established back in 2018, in an effort to provide confidence to investors, holders of GGBs, that Greece would be able to meet its debt obligations under all circumstances within the Post (3rd Fiscal Adjustment) Programme Surveillance Period and till the time that Greece would have full access to the capital markets. Having in mind that, regarding its credit rating, Greece has regained its investment grade status, GGBs satisfy ECB's eligibility criteria and Greece has now full access to the capital markets, we consider that the aforementioned use of the €5 billion amount for the prepayment of the GLF is aligned with the purpose of the establishment of the Cash Buffer Account. Moreover, the partial use of the cash buffer account will facilitate Greece in reducing the outstanding amount of debt portfolio, lowering public debt servicing cost and further improving cash reserves management efficiency.

The Republic is seeking similar consents under financing arrangements with the European Financial Stability Facility.

Please let me know if I can provide any additional information.

Very truly yours,

Kostis Hatzidakis
Minister of Economy & Finance

Anlage 1a

Arbeitsübersetzung (Spr.-D. BMF) Übers.-Nr. 0535-2024

Hellenische Republik

30. September 2024

Herrn Pierre Gramegna
Geschäftsführender Direktor
Europäischer Stabilitätsmechanismus
6a, Circuit de la Foire Internationale
L-1347 Luxemburg

Betr.: Vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland

Anrede

Anknüpfend an unsere bisherigen Gespräche komme ich auf den Vorschlag der Hellenischen Republik zurück, einen weiteren Teil ihrer ausstehenden Verbindlichkeiten im Rahmen der ursprünglich am 8. Mai 2010 zwischen der Hellenischen Republik als Darlehensnehmer und bestimmten Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, vereinbarten und bisweilen geänderten Darlehensfazilität für Griechenland (**Greek Loan Facility – GLF**) vor allem unter Verwendung bestimmter überschüssiger Liquiditätsreserven, über die Griechenland aktuell verfügt, vorzeitig zurückzuzahlen.

Gemäß den zwischen Griechenland und dem ESM vereinbarten Finanzierungsfazilitäten verpflichtet eine vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF zu einer anteiligen vorzeitigen Rückzahlung der ESM-Fazilitäten. Mit diesem Schreiben wird um die Zustimmung des ESM zu einer vorzeitigen Rückzahlung eines Teils der GLF ohne eine vorzeitige Rückzahlung der ESM-Fazilitäten ersucht.

Griechenland hat sich im Hinblick auf die Verfolgung einer umsichtigen Politik und die Umsetzung der vereinbarten Reformzusagen zu einer engen Zusammenarbeit mit seinen internationalen Partnern verpflichtet, um das langfristige Wachstum und die langfristige Schuldentragfähigkeit Griechenlands weiter zu stärken.

Aus unserer Sicht wird sich die vorgeschlagene vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF spürbar positiv auf die Finanzlage Griechenlands auswirken. Dazu zählt insbesondere Folgendes:

(a) Die Verringerung des Prolongationsrisikos und die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF wären Teil der umfassenderen Strategie Griechenlands, die darauf zielt, das Marktvertrauen in die Fähigkeit Griechenlands zu stärken, seinen Schuldverpflichtungen unter allen Umständen nachkommen zu können. Im Rahmen dieser Strategie steht die vorzeitige Rückzahlung im Einklang mit den Gründen für die vorzeitige Rückzahlung der IWF-Fazilitäten durch Griechenland in den Jahren 2019, 2021 und 2022 in Bezug auf die vorzeitige Rückzahlung der ausstehenden IWF-Darlehen und die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF in Höhe von 2.645.000.000 EUR im Jahr 2022 und in Höhe von 5.290.000.000 EUR im Jahr 2023. Sie steht zudem im Einklang mit der jüngsten Begebung 30-jähriger griechischer Staatsanleihen mit einem Volumen von 3 Mrd. EUR im April 2024 sowie mit der im Juli 2023 in Verbindung mit einer Schuldenmanagement-Maßnahme (Liability Management Exercise – LME) erfolgten Begebung 15-jähriger griechischer Staatsanleihen mit einem Volumen von 3,5 Mrd. EUR. Es sei daran erinnert, dass im Zuge der LME griechische Staatsanleihen mit einem Gesamtnennwert von 1,5 Mrd. EUR, die 2024 und 2025 fällig werden, gegen die neu ausgegebenen 15-jährigen griechischen Staatsanleihen mit einem Nennwert von 1,5 Mrd. EUR getauscht wurden, was zur Verlängerung der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit griechischer Staatsschulden in Höhe

von 1,5 Mrd. EUR von etwa 1,5 Jahre auf 15 Jahre geführt hat. Die vorgeschlagene vorzeitige Rückzahlung dürfte daher von den Märkten als eine von Griechenland umgesetzte solide und konsequente Finanzierungs- und Portfoliomanagement-Strategie sowie als weiterer Fortschritt hin zu einer Normalisierung der Finanzlage Griechenlands und damit der Finanzlage des Euro-Währungsgebiets insgesamt gewertet werden (wobei besonders zu erwähnen ist, dass die damaligen vorzeitigen Rückzahlungen Griechenlands an den IWF und die Partner im Euro-Währungsgebiet auf dem Markt als positiv wahrgenommen wurden und zur Anhebung der Bonitätseinstufung Griechenlands durch die Ratingagenturen geführt haben).

(b) Die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF wird die Zinsrisiken verringern, die die Verbindlichkeiten im Rahmen der GLF gegenwärtig für Griechenland bergen (da die Zinsen auf der Grundlage des EURIBOR oder ggf. des variablen EONIA-Zinssatzes berechnet werden). In Abhängigkeit der künftigen Zinssatzentwicklung könnte dies zu erheblichen Einsparungen beim jährlichen Schuldendienst Griechenlands führen.

(c) Durch die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF könnte sich Griechenland seine niedrigen Finanzierungskosten auf den Finanzmärkten zunutze machen. Die für denselben Zeitraum wie die gewichtete durchschnittliche Laufzeit des Betrags der vorzeitigen Rückzahlung anfallenden Finanzierungskosten führen – ausgehend von dem nachstehend aufgeführten Höchstbetrag der vorzeitigen Rückzahlung im Rahmen der GLF – zu Zinsersparnissen in Höhe von etwa 135 Mio. EUR.

(d) Die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF wird zu einer längeren gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der griechischen Schulden führen, wodurch ein wirksameres Schuldenmanagement und – wie bereits erwähnt – eine Verringerung des Prolongationsrisikos ermöglicht wird. Konkret beträgt die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der vorzeitig zurückzuzahlenden GLF-Tranche rund 2,5 Jahre, während griechische Staatsanleihen, die 2024 von Griechenland emittiert wurden bzw. 2025 voraussichtlich emittiert werden, um die durch die Verwendung von Liquiditätsreserven für die vorzeitige Rückzahlung entstandene Lücke zu füllen, eine gewichtete durchschnittliche Laufzeit von über 13 Jahren aufweisen dürften, wodurch sich eine längere gewichtete durchschnittliche Laufzeit für das griechische Staatsschuldenportfolio ergibt.

(e) Die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF wird die Strategie Griechenlands stärken, die Höhe seiner verbleibenden Liquiditätsreserven im Einklang mit dem Ziel einer effizienten Verwaltung der Liquiditätsreserven schrittweise zu verringern.

(f) Die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF wird im Einklang stehen mit i) der Maßnahme, die Irland, Portugal und Zypern im Hinblick auf vorzeitige Rückzahlungen an den IWF jeweils mit der EFSF bzw. dem ESM vereinbart haben, und ii) den von Griechenland in den Jahren 2019, 2021 und 2022 an den IWF geleisteten vorzeitigen Rückzahlungen, welchen sowohl die EFSF als auch der ESM zugestimmt hatten. Die vorzeitige Rückzahlung wird daher von den Märkten als weiterer Fortschritt hin zu einer Normalisierung der Finanzlage Griechenlands und damit der Finanzlage des Euro-Währungsgebiets insgesamt gewertet werden (wobei besonders zu erwähnen ist, dass die damaligen vorzeitigen Rückzahlungen Griechenlands an den IWF auf dem Markt als positiv wahrgenommen wurden und zur Anhebung der Bonitätseinstufung Griechenlands durch die Ratingagenturen geführt haben).

(g) Nach der vorzeitigen Rückzahlung wird Griechenland im Rahmen der GLF bis September 2041 weiterhin Schulden in beträchtlicher Höhe von rund 31,6 Mrd. EUR haben. Somit ist die weitere Beteiligung der Darlehensgeber des Euro-Währungsgebiets im Rahmen der GLF während dieses Zeitraums gewährleistet.

(h) Die vorzeitige Rückzahlung würde den Rating-Ausblick Griechenlands weiter verbessern und auf die Anhebung der Kreditwürdigkeit Griechenlands durch die Ratingagenturen im Jahr 2023 und die Änderung des Ausblicks auf positiv im Jahr 2024 aufbauen. Dazu zählen die Hochstufung Griechenlands um zwei Stufen auf Ba1 und ein auf stabil geänderter Ausblick durch Moody's am 15. September 2023 sowie die Beibehaltung des Ratings und des Ausblicks am 15. März 2024, die Beibehaltung des Ratings BBB- (IG) und die Änderung des Ausblicks auf positiv durch Standard & Poor's am 19. April 2024, die Beibehaltung des Ratings BBB- (IG) mit stabilem Ausblick durch FITCH am 31. Mai 2024, die Beibehaltung des Ratings BBB- (IG) und Änderung des Ausblicks auf positiv durch SCOPE am 12. Juli 2024 sowie die Beibehaltung des Ratings BBB- (IG) mit stabilem Ausblick durch DBRS Morningstar am 8. März 2024.

Die Schulden im Rahmen der ESM-Fazilitäten sind im Vergleich zu den Euro-Swap-Sätzen und bei ähnlicher gewichteter durchschnittlicher Laufzeit günstiger und haben gleichzeitig ein günstigeres Laufzeitprofil als die GLF. Infolgedessen würde eine ausschließliche Zahlung im Rahmen der GLF ohne anteilige Zahlung an den ESM ein effizienteres Schuldenmanagement ermöglichen. Eine anteilige Rückzahlung der ESM-Fazilitäten würde die vorstehend geschilderten Vorteile der vorzeitigen Rückzahlung im Rahmen der GLF für Griechenland teilweise schmälern.

Die ausstehenden Kapitalbeträge Griechenlands im Rahmen der GLF belaufen sich insgesamt auf 39.540 Mio. EUR (Stand heute). Griechenland schlägt vor, bis zu 7.935 Mio. EUR dieses Betrags im Dezember 2024 vorzeitig zurückzuzahlen, was den in den Jahren 2026, 2027 und 2028 fälligen Tilgungsleistungen Griechenlands entspricht. Sollten durch die genannte vorzeitige Rückzahlung zusätzliche Kosten entstehen, wird Griechenland die Darlehensgeber gemäß den Bedingungen der GLF entschädigen, wobei die GLF-Darlehensgeber inzwischen bestätigt haben, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen werden.

Schließlich soll der ESM mit diesem Schreiben auch um Zustimmung zur Verwendung eines Betrags von 5 Mrd. EUR aus dem sog. Liquiditätspufferkonto für die vorstehend erläuterte und beantragte vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF ersucht werden ebenso wie um Zustimmung zur Umwidmung des Liquiditätspufferkontos, damit es auch in Zukunft für vorzeitige Rückzahlungen im Rahmen der GLF verwendet werden kann, jeweils vorbehaltlich einer Einschätzung des ESM und nach Genehmigung durch das ESM-Direktorium. Die 5 Mrd. EUR sind Teil der 15,7 Mrd. EUR, die auf dem sog. Liquiditätspufferkonto vorhanden sind, das 2018 eingerichtet wurde, um bei Investoren und Inhabern griechischer Staatsanleihen Vertrauen in die Fähigkeit Griechenlands zu schaffen, seinen Schuldverpflichtungen während des an das (dritte haushaltspolitische) Anpassungsprogramm anschließenden Überwachungszeitraums unter allen Umständen nachkommen zu können, bis das Land wieder vollen Zugang zum Kapitalmarkt hat. Vor dem Hintergrund, dass Griechenland mit Blick auf seine Bonitätseinstufung wieder Investment-Grade-Status erlangt hat, griechische Staatsanleihen die Zulassungskriterien der EZB erfüllen und Griechenland inzwischen vollen Zugang zum Kapitalmarkt hat, sind wir der Ansicht, dass die vorstehend genannte Verwendung der 5 Mrd. EUR für die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF im Einklang mit dem Zweck der Einrichtung des Liquiditätspufferkontos steht. Zudem wird die Verwendung eines Teils der Mittel auf dem Liquiditätspufferkonto Griechenland dabei helfen, den ausstehenden Betrag des Schuldenportfolios zu verringern, die Kosten des öffentlichen Schuldendienstes zu senken und die Effizienz der Verwaltung der Liquiditätsreserven weiter zu verbessern.

Griechenland ersucht derzeit um ähnliche Zustimmungen im Rahmen seiner Finanzierungsvereinbarungen mit der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität.

Bitte lassen Sie mich wissen, wenn Sie weitere Informationen benötigen.

Schlussformel
Kostis Hatzidakis
Wirtschafts- und Finanzminister

Anlage 2

HELLENIC REPUBLIC

30th September 2024

Mr. Pierre Gramegna
Chief Executive Officer
European Financial Stability Facility
6a, Circuit de la Foire Internationale, L-1347 Luxembourg

Re: Greek Loan Facility Prepayment

Dear Pierre,

Following up on our prior conversations, I write regarding the Hellenic Republic's proposal to prepay a further portion of its outstanding liabilities under the Greek Loan Facility among, *inter alios,* the Hellenic Republic as borrower and certain Member States whose currency is the euro originally dated 8 May 2010 as amended from time to time (the "**GLF**") using, mainly, certain excess cash reserves currently available to the Republic.

Under the financing facilities that the Republic has entered into with the EFSF, a prepayment of the GLF would require a proportionate prepayment of the EFSF facilities. The purpose of this letter is to request the EFSF's consent to prepay a portion of the GLF without a prepayment of the EFSF facilities.

The Republic is committed to working closely with its international partners with a view to following prudent policies and implementing the agreed reform commitments to further bolster the Republic's long-term growth and debt sustainability.

We believe that the proposed GLF prepayment will have a significant positive impact on the Republic's finances. In particular:

(a) the reduced rollover risk and the GLF prepayment would form part of the Republic's broader strategy, which aims at strengthening further market confidence in the Republic's ability to meet its debt obligations under all circumstances. In the context of this strategy, the prepayment is consistent with the rationale behind the prepayments of the IMF facilities made in 2019, 2021 and 2022 by the Republic regarding the prepayment of the outstanding amount of IMF loans as well as of the €2,645,000,000 and €5,290,000,000 prepayments in 2022 and 2023 regarding the GLF. It is also consistent with the last €3 billion 30-year GGB issuance which took place in April 2024 as well as with the €3.5 billion 15-year GGB issuance which took place in July 2023 in combination with a Liability Management Exercise (LME). It is reminded that due to the latter, a total nominal amount of €1.5 billion of Greek Government Bonds maturing in 2024 and 2025 were exchanged with a nominal amount of €1.5 billion of the new 15-year GGB resulting to an extension of the WAM of €1.5 billion Greek public debt from circa 1.5 years to 15 years. The suggested prepayment would therefore be seen by the markets as a solid and consistent funding and portfolio management strategy implemented by the Republic, as further progress towards the normalization of the Republic's finances and, by extension, the finances of the euro area as a whole

(noting that the market perception of the Republic's previous prepayments to the IMF and to the Eurozone partners was positive and led Credit Rating Agencies in upgrading Greece credit rating);

(b) the GLF prepayment will mitigate the interest rate risks that the Republic currently faces in its obligations under the GLF (as interest is calculated based on a EURIBOR or, as applicable, EONIA floating rate). Depending on future interest rate movements, this could result in a significant reduction in the Republic's annual debt servicing costs;

(c) the GLF prepayment will allow the Republic to take advantage of its low funding costs in financial markets. Funding costs for the same duration as the weighted average maturity of the prepayment yields interest cost savings of about €135 million, based on the maximum amount of the GLF prepayment set out below;

(d) the GLF prepayment will result in a longer weighted average maturity for the Republic's debt, which will allow for more effective debt management and reduced rollover risk as mentioned above. Specifically, the tranche of the GLF to be prepaid has a weighted average maturity of approximately 2.5 years, whilst any GGBs which the Republic has issued in 2024 and expects to issue in 2025 to fill the gap of the cash reserves used to finance such prepayment, are likely to have a weighted average maturity of more than 13 years, resulting in a longer weighted average maturity for the Greek public debt portfolio;

(e) the GLF prepayment will facilitate HR's strategy in reducing gradually its outstanding amount of cash reserves so, at the same time, being in line with its targets related to an efficient cash reserves management.

(f) the GLF prepayment will be consistent with both (i) the action that each of Ireland, Portugal and Cyprus has agreed with EFSF or the ESM, as applicable, with respect to IMF prepayments and (ii) the prepayments made to IMF in 2019, 2021 and 2022 by the Republic to which both the EFSF and ESM agreed. It will therefore be seen by the markets as further progress towards the normalization of the Republic's finances and, by extension, the finances of the Euro-area as a whole (noting that the market perception of the Republic's previous prepayments to the IMF was positive and led Credit Rating Agencies in upgrading Greece credit rating);

(g) following the prepayment, the Republic will still retain a significant amount of circa €31.6 billion of debt owed under the GLF to September 2041. This will maintain the continued involvement of the euro area lenders under the GLF during that period; and

(h) the prepayment would improve further the Republic's credit outlook, building upon the Republic's upgrade undertaken by the Credit Rating Agencies within 2023 and changes of the outlook to positive, in 2024. These include upgrades by Moody's, which upgraded the Republic's rating by two notches to Ba1 and changed the outlook to stable, on 15 September 2023 and retained both the rating and the outlook on 15 March 2024; Standard & Poor's, which retained the Republic's rating to BBB- (IG) and changed the outlook to positive on 19 April 2024; FITCH, which retained the Republic's rating to BBB- (IG) with a stable outlook, on 31 May 2024; SCOPE, which retained the Republic's rating to BBB- (IG) and changed the outlook to positive, on 12

July 2024 and DBRS Morningstar which retained the Republic's rating to BBB- (IG), with a stable outlook, on 8 March 2024.

The debt under the EFSF facilities is less expensive in terms of spread vs Euro swap rates and for similar weighted average maturity whilst has a more advantageous maturity profile than the GLF. As such, it would allow for more efficient debt management to make payments solely to the GLF without a proportionate payment to the EFSF. A proportionate repayment of the EFSF facilities would mitigate certain of the advantages of the GLF prepayment to the Republic, referred to above.

The Republic's total outstanding principal amounts owed under the GLF is €39,540 million (as of today). The Republic is proposing to prepay up to €7,935 million of that amount in December 2024, corresponding to the principal payments due in 2026, 2027 and 2028 from the Hellenic Republic. In case an additional cost would be incurred due to the afore-mentioned prepayment, the Republic will compensate the Lenders, according to the terms and conditions of the GLF, but by now GLF lenders have confirmed that there are no additional costs.

The Republic is seeking similar consents under financing arrangements with the European Stability Mechanism.

Please let me know if I can provide any additional information.

Very truly yours,

Kostis Hatzidakis
Minister of Economy & Finance

Anlage 2a

Arbeitsübersetzung (Spr.-D. BMF) Übers.-Nr. 0535-2024

Hellenische Republik

30. September 2024

Herrn Pierre Gramegna
Geschäftsführender Direktor
Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
6a, Circuit de la Foire Internationale
L-1347 Luxemburg

Betr.: Vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland

Anrede

Anknüpfend an unsere bisherigen Gespräche komme ich auf den Vorschlag der Hellenischen Republik zurück, einen weiteren Teil ihrer ausstehenden Verbindlichkeiten im Rahmen der ursprünglich am 8. Mai 2010 zwischen der Hellenischen Republik als Darlehensnehmer und bestimmten Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, vereinbarten und bisweilen geänderten Darlehensfazilität für Griechenland (**Greek Loan Facility – GLF**) vor allem unter Verwendung bestimmter überschüssiger Liquiditätsreserven, über die Griechenland aktuell verfügt, vorzeitig zurückzuzahlen.

Gemäß den zwischen Griechenland und der EFSF vereinbarten Finanzierungsfazilitäten verpflichtet eine vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF zu einer anteiligen vorzeitigen Rückzahlung der EFSF-Fazilitäten. Mit diesem Schreiben wird um die Zustimmung der EFSF zu einer vorzeitigen Rückzahlung eines Teils der GLF ohne eine vorzeitige Rückzahlung der EFSF-Fazilitäten ersucht.

Griechenland hat sich im Hinblick auf die Verfolgung einer umsichtigen Politik und die Umsetzung der vereinbarten Reformzusagen zu einer engen Zusammenarbeit mit seinen internationalen Partnern verpflichtet, um das langfristige Wachstum und die langfristige Schuldentragfähigkeit Griechenlands weiter zu stärken.

Aus unserer Sicht wird sich die vorgeschlagene vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF spürbar positiv auf die Finanzlage Griechenlands auswirken. Dazu zählt insbesondere Folgendes:

(a) Die Verringerung des Prolongationsrisikos und die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF wären Teil der umfassenderen Strategie Griechenlands, die darauf zielt, das Marktvertrauen in die Fähigkeit Griechenlands zu stärken, seinen Schuldverpflichtungen unter allen Umständen nachkommen zu können. Im Rahmen dieser Strategie steht die vorzeitige Rückzahlung im Einklang mit den Gründen für die vorzeitige Rückzahlung der IWF-Fazilitäten durch Griechenland in den Jahren 2019, 2021 und 2022 in Bezug auf die vorzeitige Rückzahlung der ausstehenden IWF-Darlehen und die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF in Höhe von 2.645.000.000 EUR im Jahr 2022 und in Höhe von 5.290.000.000 EUR im Jahr 2023. Sie steht zudem im Einklang mit der jüngsten Begebung 30-jähriger griechischer Staatsanleihen mit einem Volumen von 3 Mrd. EUR im April 2024 sowie mit der im Juli 2023 in Verbindung mit einer Schuldenmanagement-Maßnahme (Liability Management Exercise – LME) erfolgten Begebung 15-jähriger griechischer Staatsanleihen mit einem Volumen von 3,5 Mrd. EUR. Es sei daran erinnert, dass im Zuge der LME griechische Staatsanleihen mit einem Gesamtnennwert von 1,5 Mrd. EUR, die 2024 und 2025 fällig werden, gegen die neu ausgegebenen 15-jährigen griechischen Staatsanleihen mit einem Nennwert von 1,5 Mrd. EUR getauscht wurden, was zur Verlängerung der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit griechischer Staatsschulden in Höhe

von 1,5 Mrd. EUR von etwa 1,5 Jahre auf 15 Jahre geführt hat. Die vorgeschlagene vorzeitige Rückzahlung dürfte daher von den Märkten als eine von Griechenland umgesetzte solide und konsequente Finanzierungs- und Portfoliomanagement-Strategie sowie als weiterer Fortschritt hin zu einer Normalisierung der Finanzlage Griechenlands und damit der Finanzlage des Euro-Währungsgebiets insgesamt gewertet werden (wobei besonders zu erwähnen ist, dass die damaligen vorzeitigen Rückzahlungen Griechenlands an den IWF und die Partner im Euro-Währungsgebiet auf dem Markt als positiv wahrgenommen wurden und zur Anhebung der Bonitätseinstufung Griechenlands durch die Ratingagenturen geführt haben).

(b) Die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF wird die Zinsrisiken verringern, die die Verbindlichkeiten im Rahmen der GLF gegenwärtig für Griechenland bergen (da die Zinsen auf der Grundlage des EURIBOR oder ggf. des variablen EONIA-Zinssatzes berechnet werden). In Abhängigkeit der künftigen Zinssatzentwicklung könnte dies zu erheblichen Einsparungen beim jährlichen Schuldendienst Griechenlands führen.

(c) Durch die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF könnte sich Griechenland seine niedrigen Finanzierungskosten auf den Finanzmärkten zunutze machen. Die für denselben Zeitraum wie die gewichtete durchschnittliche Laufzeit des Betrags der vorzeitigen Rückzahlung anfallenden Finanzierungskosten führen – ausgehend von dem nachstehend aufgeführten Höchstbetrag der vorzeitigen Rückzahlung im Rahmen der GLF – zu Zinsersparnissen in Höhe von etwa 135 Mio. EUR.

(d) Die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF wird zu einer längeren gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der griechischen Schulden führen, wodurch ein wirksameres Schuldenmanagement und – wie bereits erwähnt – eine Verringerung des Prolongationsrisikos ermöglicht wird. Konkret beträgt die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der vorzeitig zurückzuzahlenden GLF-Tranche rund 2,5 Jahre, während griechische Staatsanleihen, die 2024 von Griechenland emittiert wurden bzw. 2025 voraussichtlich emittiert werden, um die durch die Verwendung von Liquiditätsreserven für die vorzeitige Rückzahlung entstandene Lücke zu füllen, eine gewichtete durchschnittliche Laufzeit von über 13 Jahren aufweisen dürften, wodurch sich eine längere gewichtete durchschnittliche Laufzeit für das griechische Staatsschuldenportfolio ergibt.

(e) Die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF wird die Strategie Griechenlands stärken, die Höhe seiner verbleibenden Liquiditätsreserven im Einklang mit dem Ziel einer effizienten Verwaltung der Liquiditätsreserven schrittweise zu verringern.

(f) Die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF wird im Einklang stehen mit i) der Maßnahme, die Irland, Portugal und Zypern im Hinblick auf vorzeitige Rückzahlungen an den IWF jeweils mit der EFSF bzw. dem ESM vereinbart haben, und ii) den von Griechenland in den Jahren 2019, 2021 und 2022 an den IWF geleisteten vorzeitigen Rückzahlungen, welchen sowohl die EFSF als auch der ESM zugestimmt hatten. Die vorzeitige Rückzahlung wird daher von den Märkten als weiterer Fortschritt hin zu einer Normalisierung der Finanzlage Griechenlands und damit der Finanzlage des Euro-Währungsgebiets insgesamt gewertet werden (wobei besonders zu erwähnen ist, dass die damaligen vorzeitigen Rückzahlungen Griechenlands an den IWF auf dem Markt als positiv wahrgenommen wurden und zur Anhebung der Bonitätseinstufung Griechenlands durch die Ratingagenturen geführt haben).

(g) Nach der vorzeitigen Rückzahlung wird Griechenland im Rahmen der GLF bis September 2041 weiterhin Schulden in beträchtlicher Höhe von rund 31,6 Mrd. EUR haben. Somit ist die weitere Beteiligung der Darlehensgeber des Euro-Währungsgebiets im Rahmen der GLF während dieses

Zeitraums gewährleistet.

(h) Die vorzeitige Rückzahlung würde den Rating-Ausblick Griechenlands weiter verbessern und auf die Anhebung der Kreditwürdigkeit Griechenlands durch die Ratingagenturen im Jahr 2023 und die Änderung des Ausblicks auf positiv im Jahr 2024 aufbauen. Dazu zählen die Hochstufung Griechenlands um zwei Stufen auf Ba1 und ein auf stabil geänderter Ausblick durch Moody's am 15. September 2023 sowie die Beibehaltung des Ratings und des Ausblicks am 15. März 2024, die Beibehaltung des Ratings BBB- (IG) und die Änderung des Ausblicks auf positiv durch Standard & Poor's am 19. April 2024, die Beibehaltung des Ratings BBB- (IG) mit stabilem Ausblick durch FITCH am 31. Mai 2024, die Beibehaltung des Ratings BBB- (IG) und Änderung des Ausblicks auf positiv durch SCOPE am 12. Juli 2024 sowie die Beibehaltung des Ratings BBB- (IG) mit stabilem Ausblick durch DBRS Morningstar am 8. März 2024.

Die Schulden im Rahmen der EFSF-Fazilitäten sind im Vergleich zu den Euro-Swap-Sätzen und bei ähnlicher gewichteter durchschnittlicher Laufzeit günstiger und haben gleichzeitig ein günstigeres Laufzeitprofil als die GLF. Infolgedessen würde eine ausschließliche Zahlung im Rahmen der GLF ohne anteilige Zahlung an die EFSF ein effizienteres Schuldenmanagement ermöglichen. Eine anteilige Rückzahlung der EFSF-Fazilitäten würde die vorstehend geschilderten Vorteile der vorzeitigen Rückzahlung im Rahmen der GLF für Griechenland teilweise schmälern.

Die ausstehenden Kapitalbeträge Griechenlands im Rahmen der GLF belaufen sich insgesamt auf 39.540 Mio. EUR (Stand heute). Griechenland schlägt vor, bis zu 7.935 Mio. EUR dieses Betrags im Dezember 2024 vorzeitig zurückzuzahlen, was den in den Jahren 2026, 2027 und 2028 fälligen Tilgungsleistungen Griechenlands entspricht. Sollten durch die genannte vorzeitige Rückzahlung zusätzliche Kosten entstehen, wird Griechenland die Darlehensgeber gemäß den Bedingungen der GLF entschädigen, wobei die GLF-Darlehensgeber inzwischen bestätigt haben, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen werden.

Griechenland ersucht derzeit um ähnliche Zustimmungen im Rahmen seiner Finanzierungsvereinbarungen mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus.

Bitte lassen Sie mich wissen, wenn Sie weitere Informationen benötigen.

Schlussformel

Kostis Harzidakis
Wirtschafts- und Finanzminister

Anlage 3

HELLENIC REPUBLIC

9 September 2024

FROM: Public Debt Management Agency
8th Omirou Str., 2nd floor
10564 Athens – Greece
E-mail: d.tsakonas@pdma.gr
Tel. +30 210 3701 835 – 801 – 800
Mob. + 30 6942 064 695

TO:

European Commission
Directorate General Economic and Financial Affairs -
Unit L-4 "Lending, Borrowing, Accounting and Back Office"
L-2920 Luxembourg
Attention: Mr. Maarten Verwey
E-mail: Maarten.VERWEY@ec.europa.eu

With a copy to:

Eurogroup Working Group
Attention: Mr. Tuomas Saarenheimo
E-mail: tuomas.saarenheimo@consilium.europa.eu

Re: Notification of Partial Prepayment of the Greek Loan Facility

Dear Mr. Verwey,

Following up on our prior conversations, the Hellenic Republic (the "**Republic**") notifies its intention to undertake a partial prepayment of its outstanding liabilities under the €80,000,000,000 loan facility agreement among, *inter alios,* the Republic as borrower and certain Member States whose currency is the euro originally dated 8 May 2010 as amended on a number of occasions (the "**GLF**") using, mainly, certain excess cash reserves currently available to the Republic. Capitalised terms used but not defined in this letter shall have the meanings ascribed to them in the GLF.

Prepayment

The purpose of this letter is to notify the Commission and thereby the Lenders of the Borrower's intention to prepay part of the Loan(s) in the amount of €7,935,000,000 on the Interest Payment Date that falls on 15 December 2024 pursuant to Article 6(2) of the GLF. The prepayment amount would correspond to the principal payments due in 2026, 2027 and 2028 under the GLF.

In case an additional cost would be incurred due to the afore-mentioned prepayment, the Republic will compensate the Lenders, according to the terms and conditions of the GLF.

For the prepayment we would request the Lenders' consent to waive the requirement under Article 6(4) of the GLF such that the prepayment amount would not be applied to the scheduled capital

repayment amounts *pro rata* and would instead be applied towards the principal payments due in 2026, 2027 and 2028 under the GLF.

Background of the Prepayment

The Republic is committed to working closely with its international partners with a view to implementing the agreed reforms to ensure the Republic's long-term economic growth and debt sustainability. We believe that the GLF prepayment would have a significant positive impact on the Republic's finances. In particular:

(a) the GLF prepayment will result in a longer weighted average maturity for the Republic's debt, which will allow for more effective debt management and reduced rollover risk. Specifically, the scheduled principal amount of the GLF to be prepaid has a weighted average maturity of approximately 2.5 years, whilst any GGBs which the Republic has issued in 2024 and expects to issue in 2025 to fill the gap of the cash reserves used to finance such prepayment, are likely to have a weighted average maturity of more than 13 years, resulting in a longer weighted average maturity for the Greek public debt portfolio;

(b) the reduced rollover risk and the GLF prepayment would form part of the Republic's broader strategy, which aims at strengthening further market confidence in the Republic's ability to meet its debt obligations under all circumstances. In the context of this strategy, the prepayment is consistent with the rationale behind the prepayments of the IMF facilities made in 2019, 2021 and 2022 by the Republic regarding the prepayment of the outstanding amount of IMF loans as well as of the €2,645,000,000 and €5,290,000,000 prepayments in 2022 and 2023 regarding the GLF. It is also consistent with the last €3 billion 30-year GGB issuance which took place in April 2024 as well as with the €3.5 billion 15-year GGB issuance which took place in July 2023 in combination with a Liability Management Exercise (LME). It is reminded that due to the latter, a total nominal amount of €1.5 billion of Greek Government Bonds maturing in 2024 and 2025 were exchanged with a nominal amount of €1.5 billion of the new 15-year GGB resulting to an extension of the WAM of €1.5 billion Greek public debt from circa 1.5 years to 15 years. The suggested prepayment would therefore be seen by the markets as a solid and consistent funding and portfolio management strategy implemented by the Republic, as further progress towards the normalization of the Republic's finances and, by extension, the finances of the euro area as a whole (noting that the market perception of the Republic's previous prepayments to the IMF and to the Eurozone partners was positive and led Credit Rating Agencies in upgrading Greece credit rating);

(c) following the prepayment, the Republic will still retain a significant amount of circa €31.6 billion of debt owed under the GLF to September 2041. This will maintain the continued involvement of the euro area lenders under the GLF during that period;

(d) the prepayment would improve further the Republic's credit outlook, building upon the Republic's upgrade undertaken by the Credit Rating Agencies within 2023 and changes of the outlook to positive, in 2024. These include upgrades by Moody's, which upgraded the Republic's rating by two notches to Ba1 and changed the outlook to stable, on 15 September 2023 and retained both the rating and the outlook on 15 March 2024; Standard & Poor's, which retained the Republic's rating to BBB- (IG) and changed the outlook to positive on 19 April 2024, ; FITCH, which retained the Republic's rating to BBB- (IG) with a stable outlook, on 31 May 2024; SCOPE, which retained the Republic's rating to BBB- (IG) and changed the outlook to positive, on 12 July 2024 and DBRS Morningstar which retained the Republic's rating to BBB- (IG), with a stable outlook, on 8 March 2024; and

(e) finally, the Hellenic Republic will proceed with the use of an amount of €5 billion for the aforementioned GLF prepayment which is part of the €15,697 million amount that constitutes the so-called Cash Buffer Account. This account was established back in 2018, in an effort to provide confidence to investors, holders of GGBs, that Greece would be able to meet its debt obligations under all circumstances within the Post (3rd Fiscal Adjustment) Programme Surveillance Period and till the time that Greece would have full access to the capital markets. Having in mind that, Greece has regained its investment grade status, GGBs satisfy ECB's eligibility criteria and Greece has now full access to the capital markets, we consider that the aforementioned use of the €5 billion amount for the prepayment of the GLF is in compliance with the scope of the decision taken for the establishment of the Cash Buffer Account. The partial use of the cash buffer account will facilitate Greece in reducing the outstanding amount of debt portfolio, lowering public debt servicing cost and further improving cash reserves management efficiency.

Please let me know if I can provide any additional information.

Very truly yours,

Dimitrios Tsakonas
Director General

Arbeitsübersetzung (Spr.-D. BMF) Übers.-Nr. 0498-2024

Hellenische Republik

9. September 2024

Von:

Staatliche Schuldenmanagement-Agentur
8th Omirou Str., 2nd floor
10564 Athen – Griechenland
E-Mail: d.tsakonas@pdma.gr
Tel.: + 30 210 3701 835 – 801 – 800
Mobil: + 30 6942 064 695

Europäische Kommission
Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen
Referat L-4 „Anleihen, Kreditgewährung, Rechnungswesen und Back Office“
L-2920 Luxemburg
z. Hd.: Hr. Maarten Verwey
E-Mail: Maarten.VERWEY@ec.europa.eu

in Kopie an:

Eurogruppen-Arbeitsgruppe
z. Hd.: Hr. Tuomas Saarenheimo
E-Mail: tuomas.saarenheimo@consilium.europa.eu

Betr.: Mitteilung über eine vorzeitige Teilrückzahlung der Darlehensfazilität für Griechenland (Greek Loan Facility – GLF)

Anrede

Anknüpfend an unsere bisherigen Gespräche teilt die Hellenische Republik (**„Griechenland“**) ihre Absicht mit, einen Teil ihrer ausstehenden Verbindlichkeiten im Rahmen der ursprünglich am 8. Mai 2010 zwischen Griechenland als Darlehensnehmer und bestimmten Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, geschlossenen Vereinbarung (in ihrer jeweils geltenden Fassung) über eine Darlehensfazilität in Höhe von 80.000.000.000 EUR vor allem unter Verwendung bestimmter überschüssiger Liquiditätsreserven, über die Griechenland aktuell verfügt, vorzeitig zurückzuzahlen. Die in diesem Schreiben verwendeten, jedoch nicht definierten [in der englischen Fassung großgeschriebenen] Begriffe haben die ihnen in der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität für Griechenland zugewiesene Bedeutung.

Vorzeitige Rückzahlung

Mit diesem Schreiben sollen die Kommission und damit die Darlehensgeber von der Absicht des Darlehensnehmers unterrichtet werden, einen 7.935.000.000 EUR umfassenden Teil seiner/s Darlehen(s) am Zinstermin, der auf den 15. Dezember 2024 fällt, gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität für Griechenland vorzeitig zurückzuzahlen. Die Höhe der vorzeitigen Rückzahlung würde den 2026, 2027 und 2028 fälligen Tilgungszahlungen im Rahmen der GLF entsprechen.

Sollten durch die genannte vorzeitige Rückzahlung zusätzliche Kosten entstehen, wird Griechenland die Darlehensgeber gemäß den Bedingungen der GLF entschädigen.

Für die Zwecke der vorzeitigen Rückzahlung ersuchen wir um die Zustimmung der Darlehensgeber, auf

die Verpflichtung nach Artikel 6 Absatz 4 der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität für Griechenland zu verzichten, damit der Betrag der vorzeitigen Rückzahlung nicht anteilig für die vorgesehenen Tilgungsbeträge verwendet wird, sondern für die 2026, 2027 und 2028 im Rahmen der GLF fälligen Tilgungszahlungen.

Hintergrund der vorzeitigen Rückzahlung

Griechenland ist bestrebt, bei der Umsetzung der vereinbarten Reformen eng mit seinen internationalen Partnern zusammenzuarbeiten, um das langfristige Wirtschaftswachstum sowie die langfristige Schuldentragfähigkeit Griechenlands sicherzustellen. Aus unserer Sicht wird sich die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF spürbar positiv auf die Finanzlage Griechenlands auswirken. Dazu zählt insbesondere Folgendes:

(a) Die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF wird zu einer längeren gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der griechischen Schulden führen, wodurch ein wirksameres Schuldenmanagement und eine Verringerung des Prolongationsrisikos ermöglicht wird. Konkret beträgt die gewichtete durchschnittliche Laufzeit des vorzeitig zurückzuzahlenden planmäßigen Kapitalbetrags im Rahmen der GLF rund 2,5 Jahre, während griechische Staatsanleihen, die 2024 von Griechenland emittiert wurden bzw. 2025 voraussichtlich emittiert werden, um die durch die Verwendung von Liquiditätsreserven für die vorzeitige Rückzahlung entstandene Lücke zu füllen, eine gewichtete durchschnittliche Laufzeit von über 13 Jahren aufweisen dürften, wodurch sich eine längere gewichtete durchschnittliche Laufzeit für das griechische Staatsschuldenportfolio ergibt.

(b) Die Verringerung des Prolongationsrisikos und die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF wären Teil der umfassenderen Strategie Griechenlands, die darauf zielt, das Marktvertrauen in die Fähigkeit Griechenlands zu stärken, seinen Schuldverpflichtungen unter allen Umständen nachkommen zu können. Im Rahmen dieser Strategie steht die vorzeitige Rückzahlung im Einklang mit den Gründen für die vorzeitige Rückzahlung der IWF-Fazilitäten durch Griechenland in den Jahren 2019, 2021 und 2022 in Bezug auf die vorzeitige Rückzahlung der ausstehenden IWF-Darlehen und die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF in Höhe von 2.645.000.000 EUR im Jahr 2022 und in Höhe von 5.290.000.000 EUR im Jahr 2023. Sie steht zudem im Einklang mit der jüngsten Begebung 30-jähriger griechischer Staatsanleihen mit einem Volumen von 3 Mrd. EUR im April 2024 sowie mit der im Juli 2023 in Verbindung mit einer Schuldenmanagement-Maßnahme (Liability Management Exercise – LME) erfolgten Begebung 15-jähriger griechischer Staatsanleihen mit einem Volumen von 3,5 Mrd. EUR. Es sei daran erinnert, dass im Zuge der LME griechische Staatsanleihen mit einem Gesamtnennwert von 1,5 Mrd. EUR, die 2024 und 2025 fällig werden, gegen die neu ausgegebenen 15-jährigen griechischen Staatsanleihen mit einem Nennwert von 1,5 Mrd. EUR getauscht wurden, was zur Verlängerung der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit griechischer Staatsschulden in Höhe von 1,5 Mrd. EUR von etwa 1,5 Jahre auf 15 Jahre geführt hat. Die vorgeschlagene vorzeitige Rückzahlung dürfte daher von den Märkten als eine von Griechenland umgesetzte solide und konsequente Finanzierungs- und Portfoliomanagement-Strategie sowie als weiterer Fortschritt hin zu einer Normalisierung der Finanzlage Griechenlands und damit der Finanzlage des Euro-Währungsgebiets insgesamt gewertet werden (wobei besonders zu erwähnen ist, dass die damaligen vorzeitigen Rückzahlungen Griechenlands an den IWF und die Partner im Euro-Währungsgebiet auf dem Markt als positiv wahrgenommen wurden und zur Anhebung der Bonitätseinstufung Griechenlands durch die Ratingagenturen geführt haben).

(c) Nach der vorzeitigen Rückzahlung wird Griechenland im Rahmen der GLF bis September 2041 weiterhin Schulden in beträchtlicher Höhe von rund 31,6 Mrd. EUR haben. Somit ist die weitere Beteiligung der Darlehensgeber des Euro-Währungsgebiets im Rahmen der GLF während dieses Zeitraums gewährleistet.

(d) Die vorzeitige Rückzahlung würde den Rating-Ausblick Griechenlands weiter verbessern und auf die Anhebung der Kreditwürdigkeit Griechenlands durch die Ratingagenturen im Jahr 2023 und die Änderung des Ausblicks auf positiv im Jahr 2024 aufbauen. Dazu zählen die Hochstufung Griechenlands um zwei Stufen auf Ba1 und ein auf stabil geänderter Ausblick durch Moody's am 15. September 2023

sowie die Beibehaltung des Ratings und des Ausblicks am 15. März 2024, die Beibehaltung des Ratings BBB- (IG) und die Änderung des Ausblicks auf positiv durch Standard & Poor‘s am 19. April 2024, die Beibehaltung des Ratings BBB- (IG) mit stabilem Ausblick durch FITCH am 31. Mai 2024, die Beibehaltung des Ratings BBB- (IG) und Änderung des Ausblicks auf positiv durch SCOPE am 12. Juli 2024 sowie die Beibehaltung des Ratings BBB- (IG) mit stabilem Ausblick durch DBRS Morningstar am 8. März 2024.

Schließlich wird Griechenland für die vorstehend genannte vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF 5 Mrd. EUR von den 15.697 Mio. EUR auf dem sog. Liquiditätspufferkonto verwenden. Dieses Konto wurde 2018 eingerichtet, um bei Investoren und Inhabern griechischer Staatsanleihen Vertrauen in die Fähigkeit Griechenlands zu schaffen, seinen Schuldverpflichtungen während des an das (dritte haushaltspolitische) Anpassungsprogramm anschließenden Überwachungszeitraums unter allen Umständen nachkommen zu können, bis das Land wieder vollen Zugang zum Kapitalmarkt hat. Vor dem Hintergrund, dass Griechenland wieder Investment-Grade-Status erlangt hat, griechische Staatsanleihen die Zulassungskriterien der EZB erfüllen und Griechenland inzwischen vollen Zugang zum Kapitalmarkt hat, sind wir der Ansicht, dass die vorstehend genannte Verwendung der 5 Mrd. EUR für die vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der GLF im Einklang mit dem Anwendungsbereich der Entscheidung für die Einrichtung des Liquiditätspufferkontos steht. Die Verwendung eines Teils der Mittel auf dem Liquiditätspufferkonto wird Griechenland dabei helfen, den ausstehenden Betrag des Schuldenportfolios zu verringern, die Kosten des öffentlichen Schuldendienstes zu senken und die Effizienz der Verwaltung der Liquiditätsreserven weiter zu verbessern.

Bitte lassen Sie mich wissen, wenn Sie weitere Informationen benötigen.

Schlussformel

[Unterschrift]

Dimitrios Tsakonas

Generaldirektor

EUROPEAN COMMISSION
DIRECTORATE-GENERAL
ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS

The Director-General

Brussels,

Mr Tuomas Saarenheimo
President of the Economic and
Financial Committee
c/o EFC Secretariat
CHAR 14/046
170, rue de la Loi
B-1000 Brussels
BELGIUM

Subject: Notification of Partial Prepayment of the Greek Loan Facility by the Hellenic Republic on 9 September 2024

Dear Tuomas,

On 9 September 2024, the Hellenic Republic notified the Commission of its intention to undertake a partial prepayment of the Greek Loan Facility (Annex 1). Such notification was made in accordance with Article 6 of the Loan Facility Agreement[1].

The Hellenic Republic has notified its intention to prepay part of the Loans in the amount of EUR 7 935 000 000 on 15 December 2024. The prepayment amount would correspond to the principal payments due in 2026, 2027 and 2028 under the Greek Loan Facility.

The Hellenic Republic intends to use mainly certain excess cash reserves to finance this prepayment. Specifically, the Hellenic Republic intends to use EUR 5 billion out of the EUR 15.697 billion amount that constitutes the so-called Dedicated Cash Buffer Account (hereinafter 'ESM cash buffer'). This account was established in 2018 to facilitate Greece's post-programme market access and it dominantly originates from the last disbursement of the ESM financial assistance to the Hellenic Republic under the programme. According to an agreement between Greece and the ESM, the 'ESM cash buffer' can only be used to service debt in specific circumstances.

[1] *Loan Facility Agreement between the following Member States whose currency is the euro: Kingdom of Belgium, Ireland, Kingdom of Spain, French Republic, Italian Republic, Republic of Cyprus, Grand Duchy of Luxembourg, Republic of Malta, Kingdom of the Netherlands, Republic of Austria, Portuguese Republic, Republic of Slovenia, Slovak Republic and Republic of Finland and KfW, acting in the public interest, subject to the instructions of and with the benefit of the guarantee of the Federal Republic of Germany, as Lenders and the Hellenic Republic as borrower the Bank of Greece as Agent to the Borrower, originally dated 8 May 2010* as amended.

Commission européenne/Europese Commissie, 1049 Bruxelles/Brussel, BELGIQUE/BELGIË – Tel. +32 22991111
Office: CHAR 15/107 – Tel. direct line +32 229-66844

Maarten.VERWEY@ec.europa.eu

In the notification letter, the Hellenic Republic has additionally requested the Lenders' consent to waive a requirement under Article 6(4) of the Greek Loan Facility. Specifically, Article 6(4)(c) requires "*any partial prepayment shall be applied (after paying any accrued interest, fees or other amounts due in respect of the amount being prepaid) to the scheduled capital repayment amounts pro rata*". The Hellenic Republic has requested that the Lenders waive such requirement, where the partial prepayment would instead be applied towards the principal payments due in 2026, 2027 and 2028 under the Loan Facility Agreement.

Following receipt by the Commission of the notification from the Hellenic Republic, this letter informs the Parties, in accordance with Article 7(2) and (3) of the Intercreditor Agreement[2], and proposes how to react to it.

(1) Legal grounds for a prepayment under the Greek Loan Facility

The Loan Facility Agreement provides that the Hellenic Republic may prepay the whole or part of any Loan[3] provided that:

– The prepayment takes place on an Interest Payment Date[4] (i.e. 15 March, 15 June, 15 September or 15 December)[5];

– Not less than one month's written notice is given to the Lenders[6];

– A prepayment in part shall be of not less than EUR 1,000,000,000[7];

– The Lenders agree to the early repayment[8];

– The notice of prepayment is irrevocable, specifying the amount and date of the prepayment[9];

---

[2] *Intercreditor Agreement between Kingdom of Belgium, Federal Republic of Germany, Ireland, Kingdom of Spain, French Republic, Italian Republic, Republic of Cyprus, Grand Duchy of Luxembourg, Republic of Malta, Kingdom of the Netherlands, Republic of Austria, Portuguese Republic, Republic of Slovenia, Slovak Republic and Republic of Finland dated 8 May 2010.*

[3] "*each such disbursement made or to be made under the Facility or the principal amount thereof outstanding for the time being is hereinafter referred to as a "**Loan**"*" (Article 3(1) Loan Facility Agreement).

[4] ""*"**Interest Payment Date**" means, in relation to any Loan, any and each of 15 March, 15 June, 15 September and 15 December in each year and the final date of repayment of such Loan if it becomes repayable prior to the end of its scheduled Term*" (Article 5(1) Loan Facility Agreement).

[5] Article 6(2) Loan Facility Agreement

[6] Article 6(2) Loan Facility Agreement

[7] Article 6(2) Loan Facility Agreement

[8] Article 6(2) Loan Facility Agreement

[9] Article 6(4)(a) Loan Facility Agreement

– Any prepayment is made together with accrued interest on the amount prepaid[10];

– The Hellenic Republic indemnifying the Lenders in respect of any costs, expenses or fees they suffer (including broken funding and broken hedging costs) as a consequence of such prepayment[11];

– Any partial prepayment shall be applied (after paying any accrued interest, fees or other amounts due in respect of the amount being prepaid) to the scheduled capital repayment amounts *pro rata*[12].

Furthermore, it is noted that such a prepayment of the Greek Loan Facility would additionally require waivers from the ESM and EFSF governing bodies to waive their right of a pari passu repayment. Such waivers are equivalent to the waivers given in 2022 and 2023 in the context of the previous partial prepayments of the Greek Loan Facility.

Finally, the ESM Board of Directors needs to give its agreement to the use of the ESM cash buffer for the purpose of the prepayment.

Following the letter received from the Hellenic Republic and after further consultation with the Greek authorities, the Commission considers that many of these provisions are already fulfilled and that only three clauses remain to be achieved:

- The Lenders agree to the early repayment;

- The Hellenic Republic indemnifying the Lenders in respect of any costs, expenses or fees they suffer (including broken funding and broken hedging costs) as a consequence of the prepayment;

- The waiving of the requirement that any partial prepayment shall be applied (after paying any accrued interest, fees or other amounts due in respect of the amount being prepaid) to the scheduled capital repayment amounts pro rata.

2. Commission's proposal

Having considered the positive impact that such an early repayment would have on the Hellenic Republic's debt dynamics, the Commission is supportive of the authorities' intention to undertake a prepayment of the Greek Loan Facility. The early repayment would lengthen the average maturity of the Republic's government debt and hence, it would reduce the debt rollover risks and facilitate the debt management. As the Hellenic Republic has full access to the financial markets and has regained its investment grade (based on the rating of four out of the five Credit Rating Agencies accepted by the Eurosystem), the Commission agrees with the planned reduction of the Hellenic Republic's cash buffer, which amounted to EUR 33.6 billion at the end of 2023 (15% of GDP), one of the highest in the EU. In the Commission's view, the early repayment would

[10] Article 6(4)(b) Loan Facility Agreement

[11] Article 6(4)(b) Loan Facility Agreement

[12] Article 6(4)(c) Loan Facility Agreement

send a positive signal to financial markets regarding the financial position of the Hellenic Republic.

Given the above, the Commission proposes to the Parties to react to the notification by the Hellenic Republic of its intention to undertake a partial prepayment of the Greek Loan Facility by (i) signalling agreement to the early repayment; (ii) informing the Hellenic Republic about the potential costs, expenses or fees Lenders may incur as a result of the early repayment; and (iii) signalling agreement to waive the requirement that any partial prepayment shall be applied (after paying any accrued interest, fees or other amounts due in respect of the amount being prepaid) to the scheduled capital repayment amounts pro rata. I would be grateful if you could coordinate the position of the Parties on these issues and inform the Commission and the ECB of the decisions taken.

Should the Parties decide to consider the notification of the Hellenic Republic favourably and following informing the Commission and the ECB of the decision taken, the Lenders would need to sign a corresponding waiver of Article 6(4)(c) of the Loan Facility Agreement. Whilst this is for a later step in the process, a template waiver for the Lenders is attached (Annex 2).

Yours sincerely,

Electronically signed

Maarten Verwey

Copy: Mr Piero Cipollone, European Central Bank

Annexes:

1. Notification of Partial Prepayment of the Greek Loan Facility, dated 9 September 2024, from the Hellenic Republic to the European Commission

2. Template for a waiver of Article 6(4)(c) of the Loan Facility Agreement

Electronically signed on 12/09/2024 12:40 (UTC+02) in accordance with Article 11 of Commission Decision (EU) 2021/2121

EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALDIREKTION
WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Der Generaldirektor

Brüssel,

Tuomas Saarenheimo
Vorsitzender des Wirtschafts- und
Finanzausschusses
c/o WFA-Sekretariat
CHAR 14/046
170, rue de la Loi
B-1000 Brüssel
BELGIEN

Betreff: Mitteilung der Hellenischen Republik vom 9. September 2024 über eine vorzeitige Teilrückzahlung der Darlehensfazilität für Griechenland

Anrede

Am 9. September 2024 hat die Hellenische Republik die Kommission über ihre Absicht unterrichtet, im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland eine vorzeitige Teilrückzahlung zu leisten (Anlage 1). Diese Mitteilung erfolgte gemäß Artikel 6 der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität[1].

Die Hellenische Republik hat ihre Absicht mitgeteilt, einen Teil der Darlehen in Höhe von 7.935.000.000 EUR am 15. Dezember 2024 vorzeitig zurückzuzahlen. Die Höhe der vorzeitigen Rückzahlung würde den 2026, 2027 und 2028 fälligen Tilgungszahlungen im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland entsprechen.

Die Hellenische Republik beabsichtigt, in erster Linie bestimmte überschüssige Liquiditätsreserven für die Finanzierung dieser vorzeitigen Rückzahlung zu verwenden. Konkret beabsichtigt die Hellenische Republik, 5 Mrd. EUR des Betrags in Höhe von 15,697 Mrd. EUR zu verwenden, der sich auf dem sog. Liquiditätspuffer-Sonderkonto (im Folgenden „ESM-Liquiditätspuffer“) befindet. Dieses Konto wurde 2018 eingerichtet, um Griechenland in der Nachprogrammzeit den Marktzugang zu erleichtern, und die Mittel stammen überwiegend aus

[1] *Vereinbarung über eine Darlehensfazilität zwischen den folgenden Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist: Königreich Belgien, Irland, Königreich Spanien, Französische Republik, Italienische Republik, Republik Zypern, Großherzogtum Luxemburg, Republik Malta, Königreich der Niederlande, Republik Österreich, Portugiesische Republik, Republik Slowenien, Slowakische Republik und Republik Finnland sowie der KfW (im staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland handelnd, gebunden an die Weisungen und ausgestattet mit der Garantie der Bundesrepublik Deutschland) als Darlehensgeber, der Hellenischen Republik als Darlehensnehmerin und der Bank von Griechenland als Bevollmächtigte der Darlehensnehmerin vom 8. Mai 2010* in der jeweils geltenden Fassung.

der letzten Auszahlung der ESM-Finanzhilfe an die Hellenische Republik im Rahmen des Programms. Laut einer Vereinbarung zwischen Griechenland und dem ESM darf der „ESM-Liquiditätspuffer“ nur unter bestimmten Umständen für den Schuldendienst verwendet werden.

In ihrer Mitteilung hat die Hellenische Republik die Darlehensgeber außerdem um Zustimmung zum Verzicht auf eine Auflage nach Artikel 6 Absatz 4 der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität ersucht. Konkret sieht Artikel 6 Absatz 4 Buchstabe c Folgendes vor: *„vorzeitige Teilrückzahlungen werden (nach Zahlung angefallener Zinsen, Gebühren oder anderer in Bezug auf den vorzeitig zurückzuzahlenden Betrag fälliger Beträge) anteilig für die vorgesehenen Tilgungsbeträge verwendet“*. Die Hellenische Republik hat die Darlehensgeber ersucht, auf diese Auflage zu verzichten, sodass die vorzeitige Teilrückzahlung stattdessen für die Tilgungszahlungen verwendet werden kann, die nach der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität in den Jahren 2026, 2027 und 2028 fällig werden.

Nach dem Erhalt der Mitteilung der Hellenischen Republik durch die Kommission dient das vorliegende Schreiben der Information der Parteien gemäß Artikel 7 Absätze 2 und 3 der Gläubigervereinbarung[2] sowie der Unterbreitung eines Vorschlags, wie darauf zu reagieren ist.

(1) Rechtsgrundlagen für eine vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland

Die Vereinbarung über eine Darlehensfazilität sieht vor, dass die Hellenische Republik jedes Darlehen[3] ganz oder teilweise vorzeitig zurückzahlen kann, sofern

- die vorzeitige Rückzahlung an einem Zinstermin[4] erfolgt (d. h. am 15. März, 15. Juni, 15. September oder 15. Dezember)[5],
- die Darlehensgeber mindestens einen Monat im Voraus schriftlich unterrichtet werden[6],
- eine vorzeitige Teilrückzahlung nicht weniger als 1.000.000.000 EUR beträgt[7],
- die Darlehensgeber der vorzeitigen Rückzahlung zustimmen[8],

---

[2] *Gläubigervereinbarung zwischen Königreich Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Irland, Königreich Spanien, Französischer Republik, Italienischer Republik, Republik Zypern, Großherzogtum Luxemburg, Republik Malta, Königreich der Niederlande, Republik Österreich, Portugiesischer Republik, Republik Slowenien, Slowakischer Republik und Republik Finnland vom 8. Mai 2010.*

[3] *„im Folgenden wird jede im Rahmen der Fazilität erfolgte oder noch erfolgende Auszahlung oder der zum jeweiligen Zeitpunkt ausstehende Kapitalbetrag als „**Darlehen**“ bezeichnet“ (Art. 3 Abs. 1 der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität).*

[4] *„bezeichnet der Ausdruck „**Zinstermin**“ in Bezug auf jegliches Darlehen den 15. März, 15. Juni, 15. September und 15. Dezember jedes Jahres und den letzten Rückzahlungstermin, sollte dieses Darlehen vor Ablauf der vorgesehenen Laufzeit fällig werden“ (Art. 5 Abs. 1 der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität).*

[5] Art. 6 Abs. 2 der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität.

[6] Art. 6 Abs. 2 der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität.

[7] Art. 6 Abs. 2 der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität.

[8] Art. 6 Abs. 2 der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität.

- die Mitteilung über die vorzeitige Rückzahlung unwiderruflich ist und darin Betrag und Termin der vorzeitigen Rückzahlung genannt werden[9],

- jede vorzeitige Rückzahlung zusammen mit den für den vorzeitig gezahlten Betrag angefallenen Zinsen geleistet wird[10],

- die Hellenische Republik die Darlehensgeber für die ihnen infolge der vorzeitigen Rückzahlung entstehenden Kosten, Auslagen oder Gebühren entschädigt (einschließlich Finanzierungs- und Absicherungskosten)[11],

- vorzeitige Teilrückzahlungen anteilig für die vorgesehenen Tilgungsbeträge verwendet werden (nach Zahlung angefallener Zinsen, Gebühren oder anderer in Bezug auf den vorzeitig zurückzuzahlenden Betrag fälliger Beträge)[12].

Ferner wird darauf hingewiesen, dass eine solche vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland außerdem einen Verzicht der Leitungsgremien von ESM und EFSF auf ihren Anspruch auf gleichrangige Rückzahlung voraussetzt. Dieser Verzicht entspricht dem Verzicht, der 2022 und 2023 im Zusammenhang mit den bisherigen vorzeitigen Teilrückzahlungen im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland erklärt wurde.

Schließlich muss das ESM-Direktorium der Verwendung des ESM-Liquiditätspuffers für die vorzeitige Rückzahlung seine Zustimmung erteilen.

In Anbetracht des von der Hellenischen Republik übermittelten Schreibens und nach weiterer Abstimmung mit den griechischen Behörden ist die Kommission der Auffassung, dass viele dieser Auflagen bereits erfüllt und nur noch drei Voraussetzungen zu erfüllen sind:

- Zustimmung der Darlehensgeber zur vorzeitigen Rückzahlung,

- Entschädigung der Darlehensgeber für die ihnen infolge der vorzeitigen Rückzahlung entstehenden Kosten, Auslagen oder Gebühren (einschließlich Finanzierungs- und Absicherungskosten) durch die Hellenische Republik und

- Verzicht auf die Auflage, dass vorzeitige Teilrückzahlungen anteilig für die vorgesehenen Tilgungsbeträge zu verwenden sind (nach Zahlung angefallener Zinsen, Gebühren oder anderer in Bezug auf den vorzeitig zurückzuzahlenden Betrag fälliger Beträge).

2. Vorschlag der Kommission

In Erwägung des positiven Effekts, den eine solche vorzeitige Rückzahlung auf die Schuldendynamik der Hellenischen Republik hätte, unterstützt die Kommission die Absicht der Behör-

[9] Art. 6 Abs. 4 Buchst. a der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität.

[10] Art. 6 Abs. 4 Buchst. b der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität.

[11] Art. 6 Abs. 4 Buchst. b der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität.

[12] Art. 6 Abs. 4 Buchst. c der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität.

den, im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland eine vorzeitige Rückzahlung zu leisten. Die vorzeitige Rückzahlung würde eine Verlängerung der durchschnittlichen Laufzeit der Staatsschulden der Republik bewirken und somit die Prolongationsrisiken verringern und das Schuldenmanagement erleichtern. Da die Hellenische Republik über uneingeschränkten Zugang zu den Finanzmärkten verfügt und (auf Grundlage der Ratings von vier der fünf vom Eurosystem anerkannten Ratingagenturen) seinen Investment-Grade-Status zurückerlangt hat, stimmt die Kommission der geplanten Verringerung des Liquiditätspuffers der Hellenischen Republik zu, der sich Ende 2023 auf 33,6 Mrd. EUR (15 % des BIP) belief und damit einer der höchsten Liquiditätspuffer in der EU war. Aus Sicht der Kommission würde die vorzeitige Rückzahlung ein positives Signal an die Finanzmärkte hinsichtlich der Finanzlage der Hellenischen Republik senden.

Angesichts dessen schlägt die Kommission den Parteien vor, auf die Mitteilung der Hellenischen Republik über ihre Absicht, im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland eine vorzeitige Teilrückzahlung zu leisten, in der Weise zu reagieren, dass i) die Zustimmung zur vorzeitigen Rückzahlung signalisiert wird, ii) die Hellenische Republik über die den Darlehensgebern infolge der vorzeitigen Rückzahlung möglicherweise entstehenden Kosten, Auslagen oder Gebühren unterrichtet wird und iii) die Zustimmung zum Verzicht auf die Auflage signalisiert wird, dass vorzeitige Teilrückzahlungen anteilig für die vorgesehenen Tilgungsbeträge zu verwenden sind (nach Zahlung angefallener Zinsen, Gebühren oder anderer in Bezug auf den vorzeitig zurückzuzahlenden Betrag fälliger Beträge). Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie einen abgestimmten Standpunkt der Parteien in diesen Fragen herbeiführen und die Kommission und die EZB über die gefällten Beschlüsse unterrichten könnten.

Sollten die Parteien beschließen, die Mitteilung der Hellenischen Republik zu befürworten, und die Kommission und die EZB über den gefassten Beschluss unterrichten, müssten die Darlehensgeber eine Erklärung über einen entsprechenden Verzicht auf Artikel 6 Absatz 4 Buchstabe c der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität unterzeichnen. Wenngleich dies erst ein späterer Schritt im Verfahren sein wird, ist ein Muster für die Verzichterklärung der Darlehensgeber beigefügt (Anlage 2).

Schlussformel

elektronisch unterzeichnet

Maarten Verwey

Kopie an: Piero Cipollone, Europäische Zentralbank

Anlagen:

1. Mitteilung der Hellenischen Republik an die Europäische Kommission vom 9. September 2024 über eine vorzeitige Teilrückzahlung der Darlehensfazilität für Griechenland

2. Muster für die Erklärung eines Verzichts auf Artikel 6 Absatz 4 Buchstabe c der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität

Anlage 7

[Header of the Lender]

WAIVER
IN RELATION TO THE PREPAYMENT OF THE GREEK LOAN FACILITY

[Date]

By email followed by registered mail:

Ministry of Finance
PDMA (Public Debt Management Agency)
8 Omirou str., 2nd floor
10564, Athens - Greece
Email: d.tsakonas@pdma.gr

Dear Sir,

We refer to:

(i) the EUR 80,000,000,000 Loan Facility Agreement between the Kingdom of Belgium, Ireland, the Kingdom of Spain, the French Republic, the Italian Republic, the Republic of Cyprus, the Grand Duchy of Luxembourg, the Republic of Malta, the Kingdom of the Netherlands, the Republic of Austria, the Portuguese Republic, the Republic of Slovenia, the Slovak Republic, the Republic of Finland and KfW as Lenders and the Hellenic Republic as Borrower signed on 8 May 2010 (as amended) (the "**Loan Facility Agreement**"), and in particular to Article 6(2) of the Loan Facility Agreement;

(ii) the Intercreditor Agreement between the Lenders signed on 8 May 2010 (the "**Intercreditor Agreement**");

(iii) the waiver request from the Hellenic Republic to the European Commission (DG ECFIN) dated 9 September 2024 (the "**Waiver Request**"), describing a prepayment by the Hellenic Republic of part of the financing granted to the Hellenic Republic under the Loan Facility Agreement, in the amount of EUR 7,935,000,000 on the Interest Payment

Date falling due on 15 December 2024 pursuant to Article 6(2) of the Loan Facility Agreement, which would not be applied to the scheduled capital repayment amounts *pro rata* as provided for in Article 6(4)(c) of the Loan Facility Agreement, but would instead be applied to principal repayments due in 2026, 2027 and 2028 under the Loan Facility Agreement (the "**Prepayment**"); and

(iv) the decision of the Parties pursuant to Article 7(2) of the Intercreditor Agreement to permit the Waiver Request, informed to the Commission and the ECB by the Euro Working Group Chairman on [date].

Terms defined in the Loan Facility Agreement have the same meaning in this letter unless given a different meaning in this letter.

We confirm that:

1. Article 6(4)(c) of the Loan Facility Agreement provides that the Prepayment would trigger an obligation for the Hellenic Republic to apply this partial prepayment (after paying any accrued interest, fees or other amounts due in respect of the amount being prepaid) to the scheduled capital repayment amounts *pro rata* (the "**Pro rata Partial Prepayment Obligation**").

2. [Name of the Lender] waives all its rights in respect of, and fully and completely releases the Hellenic Republic from the Pro rata Partial Prepayment Obligation, such that the Prepayment is not applied to the scheduled capital repayment amounts *pro rata* but is instead applied towards the principal repayments due in 2026, 2027 and 2028 under the Loan Facility Agreement.

3. The waiver set out in paragraph 2 above is provided in reliance upon (without limiting this) the accuracy and completeness of the statements and representations made by the Hellenic Republic in the Waiver Request.

4. With the exception of paragraph 2 above, the terms of this letter do not affect the operation of the terms and provisions of the Loan Facility Agreement at any time. For the avoidance of doubt, the terms of paragraph 2 above do not affect the operation of the Loan Facility Agreement in connection with any other potential future early repayment.

5. Article 14 (*Governing Law and Jurisdiction*) of the Loan Facility Agreement shall apply to this letter as if references in such clauses to the "Loan Facility Agreement" were read as references to this letter.

Yours faithfully,

[Name of the Lender]

Represented by:

_____

name:

title:

Copies to:

Bank of Greece

European Commission

European Central Bank

Arbeitsübersetzung (Spr.-D. BMF) Übers.-Nr. 0535-2024-3

[Briefkopf des Darlehensgebers]

Verzichtserklärung
zu der vorzeitigen Rückzahlung
der Darlehensfazilität für Griechenland

[Datum]

Einschreiben, vorab per E-Mail:

Finanzministerium
PDMA (Public Debt Management Agency)
8 Omirou str., 2nd floor
10564, Athens - Greece Email:
d.tsakonas@pdma.gr

Anrede

Wir nehmen Bezug auf

(i) die am 8. Mai 2010 unterzeichnete Vereinbarung über eine Darlehensfazilität in Höhe von 80.000.000.000 EUR zwischen dem Königreich Belgien, Irland, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, dem Großherzogtum Luxemburg, der Republik Malta, dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich, der Portugiesischen Republik, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik, der Republik Finnland und der KfW als Darlehensgeber und der Hellenischen Republik als Darlehensnehmer (in geänderter Fassung) (**„Vereinbarung über eine Darlehensfazilität“**), insbesondere ihren Artikel 6 Absatz 2,

(ii) die am 8. Mai 2010 unterzeichnete Gläubigervereinbarung zwischen den Darlehensgebern (**„Gläubigervereinbarung“**),

(iii) den Verzichtsantrag der Hellenischen Republik an die Europäische Kommission (GD Wirtschaft und Finanzen) vom 9. September 2024 („**Verzichtsantrag**“) betreffend eine vorzeitige Rückzahlung durch die Hellenische Republik an dem auf den 15. Dezember 2024 fallenden Zinstermin eines sich auf 7.935.000.000 EUR belaufenden Teils der der Hellenischen Republik im Rahmen der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität gewährten Finanzmittel gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität, die nicht gemäß Artikel 6 Absatz 4 Buchstabe c der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität anteilig für die vorgesehenen Tilgungsbeträge verwendet werden soll, sondern stattdessen für 2026, 2027 und 2028 im Rahmen der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität fällige Tilgungszahlungen („**vorzeitige Rückzahlung**“), und

(iv) den Beschluss der Vertragsparteien gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Gläubigervereinbarung, dem Verzichtsantrag stattzugeben, worüber der Vorsitzende der Euro-Arbeitsgruppe die Kommission und die EZB am [Datum] informiert hat.

Die in der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität definierten Begriffe haben in diesem Schreiben dieselbe Bedeutung, sofern nicht in diesem Schreiben eine andere Bedeutung festgelegt ist.

Wir bestätigen Folgendes:

1. Nach Artikel 6 Absatz 4 Buchstabe c der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität würde die vorzeitige Rückzahlung die Hellenische Republik verpflichten, diese vorzeitige Teilrückzahlung (nach Zahlung angefallener Zinsen, Gebühren oder anderer in Bezug auf den vorzeitig zurückzuzahlenden Betrag fälliger Beträge) anteilig für die vorgesehenen Tilgungsbeträge zu verwenden („**Verpflichtung zur anteiligen vorzeitigen Teilrückzahlung**“).

2. [Name des Darlehensgebers] verzichtet auf alle [ihre/seine] Rechte aus der Verpflichtung zur anteiligen vorzeitigen Rückzahlung und entbindet die Hellenische Republik vollständig von dieser, sodass die vorzeitige Rückzahlung nicht anteilig für die vorgesehenen Tilgungsbeträge verwendet wird, sondern für die 2026, 2027 und 2028

im Rahmen der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität fälligen Tilgungszahlungen.

3. Der Verzicht nach Absatz 2 wird im Vertrauen auf die (uneingeschränkte) Richtigkeit und Vollständigkeit der von der Hellenischen Republik im Verzichtsantrag gemachten Angaben und Zusicherungen gewährt.

4. Mit Ausnahme des Absatzes 2 berühren die Bestimmungen dieses Schreibens zu keiner Zeit die Durchführung der Bestimmungen der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität. Zur Vermeidung von Unklarheiten gilt, dass Absatz 2 die Umsetzung der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität im Zusammenhang mit möglichen anderen künftigen vorzeitigen Rückzahlungen nicht berührt.

5. Artikel 14 (Anwendbares Recht und Gerichtsstand) der Vereinbarung über eine Darlehensfazilität findet auf dieses Schreiben Anwendung, als wären Bezugnahmen auf die Vereinbarung über eine Darlehensfazilität darin als Bezugnahmen auf dieses Schreiben zu verstehen.

Schlussformel

[Name des Darlehensgebers]
Vertreten durch:

_____

[Name, Titel]

Kopien an:
Griechische Zentralbank
Europäische Kommission
Europäische Zentralbank

European Financial Stability Facility

By email

To: **Tuomas Saarenheimo**
Chairman of the Eurogroup Working Group
Secretariat of the Eurogroup and the Eurogroup Working Group (EWG)
CHAR 14/055 (Rue de la Loi/Wetstraat 170)
B-1049 Brussels - Belgium

With copies to:

The European Commission
Directorate General Economic and Financial Affairs Unit
L-4 "Borrowing, lending, accounting and back office"
L-2920 Luxembourg
Attention: Head of Unit

The European Central Bank
Sonnemannstrasse 20
60314 Frankfurt am Main
Attention: Head of Financial Operations Services Division

3 October 2024

Dear Tuomas,

We are writing to you in connection with mandatory prepayment obligations that would arise under the agreements entered into between the European Financial Stability Facility (the "**EFSF**") and the Hellenic Republic in case of a voluntary early prepayment of a part of the Greek Loan Facility by the Hellenic Republic.

The EFSF received a request from the Hellenic Republic on 30 September 2024 – attached hereto as Annex I – to waive such mandatory prepayment obligations arising in connection with an envisaged voluntary prepayment to the GLF lenders in an amount of up to €7,935 million in December 2024.

The proposed prepayment would target the principal payments due in 2026, 2027 and 2028 under the Greek Loan Facility. To achieve this the Hellenic Republic is seeking a waiver of pro-rata prepayment provisions under the Greek Loan Facility that would otherwise prevent targeting specific maturities.

The proposed prepayment would also trigger proportionate prepayment obligations under the Hellenic Republic's agreements with the European Stability Mechanism. The Hellenic Republic is seeking a waiver of those obligations.

The current outstanding principal amount under the Greek Loan Facility is approximately €39,540 million. The prepayment of €7,935 million proposed for December 2024, would reduce the total liability under the Greek Loan Facility to circa €31.6 billion. Such prepayment would correspond to approximately 20% of the total amount outstanding under the Greek Loan Facility at that time. The funding for the early repayment would mainly come from excess cash reserves.

The EFSF is required by Article 9(2) of the EFSF Framework Agreement to inform the Guarantors of this request and to propose how to react to it.

The EFSF recommends that the Guarantors approve that the EFSF provide a waiver of the mandatory prepayment rights that may arise in connection with the prepayment of the Greek Loan Facility proposed by the Hellenic Republic.

The operation would marginally improve Greece's public debt structure, as set out in the ESM note dated 19 September 2024 on this topic and provided to the Eurogroup Working Group. This marginal improvement in the Hellenic Republic's debt position from prepaying the Greek Loan Facility is consistent with the EFSF's interests even if the proportionate prepayment obligations are waived. Any proportional prepayment of EFSF/ESM credit, full or partial, is economically not currently desirable. The EFSF's long-term position relies on sustained growth in the Hellenic Republic. The above recommendation is also based on the Hellenic Republic's ongoing commitment to work closely with its international partners with a view to implementing the agreed post-programme reform commitments, and to ensure the Hellenic Republic's long-term growth and debt sustainability.

The EFSF requests you, as Chairman of the Eurogroup Working Group, to coordinate the position of the Guarantors within the EWG framework regarding the situation and the EFSF's recommended response.

The EFSF awaits the result of the Eurogroup Working Group discussions and further instructions as to the Guarantors' coordinated position on the matter. We remain available for any questions or clarifications required by the concerned parties.

Yours sincerely,

Pierre Gramegna
CEO

Efstathios Sofos
Principal, Lending

ANNEX I – WAIVER REQUEST

HELLENIC REPUBLIC

30th September 2024

Mr. Pierre Gramegna
Chief Executive Officer
European Financial Stability Facility
6a, Circuit de la Foire Internationale, L-1347 Luxembourg

Re: Greek Loan Facility Prepayment

Dear Pierre,

Following up on our prior conversations, I write regarding the Hellenic Republic's proposal to prepay a further portion of its outstanding liabilities under the Greek Loan Facility among, *inter alios*, the Hellenic Republic as borrower and certain Member States whose currency is the euro originally dated 8 May 2010 as amended from time to time (the "**GLF**") using, mainly, certain excess cash reserves currently available to the Republic.

Under the financing facilities that the Republic has entered into with the EFSF, a prepayment of the GLF would require a proportionate prepayment of the EFSF facilities. The purpose of this letter is to request the EFSF's consent to prepay a portion of the GLF without a prepayment of the EFSF facilities.

The Republic is committed to working closely with its international partners with a view to following prudent policies and implementing the agreed reform commitments to further bolster the Republic's long-term growth and debt sustainability.

We believe that the proposed GLF prepayment will have a significant positive impact on the Republic's finances. In particular:

(a) the reduced rollover risk and the GLF prepayment would form part of the Republic's broader strategy, which aims at strengthening further market confidence in the Republic's ability to meet its debt obligations under all circumstances. In the context of this strategy, the prepayment is consistent with the rationale behind the prepayments of the IMF facilities made in 2019, 2021 and 2022 by the Republic regarding the prepayment of the outstanding amount of IMF loans as well as of the €2,645,000,000 and €5,290,000,000 prepayments in 2022 and 2023 regarding the GLF. It is also consistent with the last €3 billion 30-year GGB issuance which took place in April 2024 as well as with the €3.5 billion 15-year GGB issuance which took place in July 2023 in combination with a Liability Management Exercise (LME). It is reminded that due to the latter, a total nominal amount of €1.5 billion of Greek Government Bonds maturing in 2024 and 2025 were exchanged with a nominal amount of €1.5 billion of the new 15-year GGB resulting to an extension of the WAM of €1.5 billion Greek public debt from circa 1.5 years to 15 years. The suggested prepayment would therefore be seen by the markets as a solid and consistent funding and portfolio management strategy implemented by the Republic, as further progress towards the normalization of the Republic's finances and, by extension, the finances of the euro area as a whole

(noting that the market perception of the Republic's previous prepayments to the IMF and to the Eurozone partners was positive and led Credit Rating Agencies in upgrading Greece credit rating);

(b) the GLF prepayment will mitigate the interest rate risks that the Republic currently faces in its obligations under the GLF (as interest is calculated based on a EURIBOR or, as applicable, EONIA floating rate). Depending on future interest rate movements, this could result in a significant reduction in the Republic's annual debt servicing costs;

(c) the GLF prepayment will allow the Republic to take advantage of its low funding costs in financial markets. Funding costs for the same duration as the weighted average maturity of the prepayment yields interest cost savings of about €135 million, based on the maximum amount of the GLF prepayment set out below;

(d) the GLF prepayment will result in a longer weighted average maturity for the Republic's debt, which will allow for more effective debt management and reduced rollover risk as mentioned above. Specifically, the tranche of the GLF to be prepaid has a weighted average maturity of approximately 2.5 years, whilst any GGBs which the Republic has issued in 2024 and expects to issue in 2025 to fill the gap of the cash reserves used to finance such prepayment, are likely to have a weighted average maturity of more than 13 years, resulting in a longer weighted average maturity for the Greek public debt portfolio;

(e) the GLF prepayment will facilitate HR's strategy in reducing gradually its outstanding amount of cash reserves so, at the same time, being in line with its targets related to an efficient cash reserves management.

(f) the GLF prepayment will be consistent with both (i) the action that each of Ireland, Portugal and Cyprus has agreed with EFSF or the ESM, as applicable, with respect to IMF prepayments and (ii) the prepayments made to IMF in 2019, 2021 and 2022 by the Republic to which both the EFSF and ESM agreed. It will therefore be seen by the markets as further progress towards the normalization of the Republic's finances and, by extension, the finances of the Euro-area as a whole (noting that the market perception of the Republic's previous prepayments to the IMF was positive and led Credit Rating Agencies in upgrading Greece credit rating);

(g) following the prepayment, the Republic will still retain a significant amount of circa €31.6 billion of debt owed under the GLF to September 2041. This will maintain the continued involvement of the euro area lenders under the GLF during that period; and

(h) the prepayment would improve further the Republic's credit outlook, building upon the Republic's upgrade undertaken by the Credit Rating Agencies within 2023 and changes of the outlook to positive, in 2024. These include upgrades by Moody's, which upgraded the Republic's rating by two notches to Ba1 and changed the outlook to stable, on 15 September 2023 and retained both the rating and the outlook on 15 March 2024; Standard & Poor's, which retained the Republic's rating to BBB- (IG) and changed the outlook to positive on 19 April 2024; FITCH, which retained the Republic's rating to BBB- (IG) with a stable outlook, on 31 May 2024; SCOPE, which retained the Republic's rating to BBB- (IG) and changed the outlook to positive, on 12

July 2024 and DBRS Morningstar which retained the Republic's rating to BBB- (IG), with a stable outlook, on 8 March 2024.

The debt under the EFSF facilities is less expensive in terms of spread vs Euro swap rates and for similar weighted average maturity whilst has a more advantageous maturity profile than the GLF. As such, it would allow for more efficient debt management to make payments solely to the GLF without a proportionate payment to the EFSF. A proportionate repayment of the EFSF facilities would mitigate certain of the advantages of the GLF prepayment to the Republic, referred to above.

The Republic's total outstanding principal amounts owed under the GLF is €39,540 million (as of today). The Republic is proposing to prepay up to €7,935 million of that amount in December 2024, corresponding to the principal payments due in 2026, 2027 and 2028 from the Hellenic Republic. In case an additional cost would be incurred due to the afore-mentioned prepayment, the Republic will compensate the Lenders, according to the terms and conditions of the GLF, but by now GLF lenders have confirmed that there are no additional costs.

The Republic is seeking similar consents under financing arrangements with the European Stability Mechanism.

Please let me know if I can provide any additional information.

Very truly yours,

Kostis Hatzidakis
Minister of Economy & Finance

Arbeitsübersetzung (Spr.-D. BMF) Übers.-Nr. 0535-2024

Per E-Mail

An: **Tuomas Saarenheimo**
Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Euro-Gruppe“
Sekretariat der Euro-Gruppe und der Arbeitsgruppe „Euro-Gruppe“ (EAG)
CHAR 14/055 (Rue de la Loi/Wetstraat 170)
1049 Brüssel, Belgien

Kopien an:

Die Europäische Kommission
Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen
Referat L-4 „Anleihen, Kreditgewährung, Rechnungswesen und Back Office“
L-2920 Luxemburg
z. Hd.: Referatsleitung

Die Europäische Zentralbank
Sonnemannstraße 20
60314 Frankfurt am Main
z. Hd.: Head of Financial Operations Services Division

3. Oktober 2024

Anrede

Wir wenden uns heute an Sie im Zusammenhang mit den Verpflichtungen zur obligatorischen vorzeitigen Rückzahlung, die nach den Verträgen zwischen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (**„EFSF“**) und der Hellenischen Republik im Falle einer freiwilligen vorzeitigen Rückzahlung eines Teils der Darlehensfazilität für Griechenland (GLF) durch die Hellenische Republik zum Tragen kämen.

Die EFSF erhielt am 30. September 2024 einen Antrag der Hellenischen Republik, von diesen Verpflichtungen zur obligatorischen vorzeitigen Rückzahlung entbunden zu werden, die durch eine geplante freiwillige vorzeitige Rückzahlung im Dezember 2024 von bis zu 7.935 Mio. EUR an die GLF-Darlehensgeber entstehen (diesem Schreiben als Anlage I beigefügt).

Die vorgeschlagene vorzeitige Rückzahlung würde die in den Jahren 2026, 2027 und 2028 fälligen Tilgungszahlungen im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland betreffen. Daher ersucht die Hellenische Republik um einen Verzicht auf die Anwendung der Bestimmungen über die anteilige vorzeitige Rückzahlung im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland, die anderenfalls ein gezieltes Vorziehen einzelner Fälligkeiten verhindern würden.

Die vorgeschlagene vorzeitige Rückzahlung würde auch Verpflichtungen zu einer proportionalen vorzeitigen Rückzahlung im Rahmen der Verträge der Hellenischen Republik mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus auslösen. Die Hellenische Republik bemüht sich derzeit um einen Verzicht auf diese Verpflichtungen.

Der derzeit im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland ausstehende Kapitalbetrag beläuft sich auf ca. 39.540 Mio. EUR. Durch die vorzeitige Rückzahlung von 7.935 Mio. EUR, die für Dezember 2024 vorgeschlagen wird, würde die Gesamtverbindlichkeit im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland auf ca. 31,6 Mrd. EUR sinken. Diese vorzeitige Rückzahlung entspräche ca. 20 % des zu diesem Zeitpunkt im Rahmen der Darlehensfazilität für Griechenland ausstehenden Gesamtbetrags. Die vorzeitige Rückzahlung würde in erster Linie mit überschüssigen Barreserven finanziert.

Nach Art. 9 Abs. 2 des EFSF-Rahmenvertrags muss die EFSF die Sicherungsgeber über diesen Antrag informieren und einen Vorschlag für das weitere Vorgehen unterbreiten.

Die EFSF empfiehlt den Sicherungsgebern zu genehmigen, dass die EFSF den Verzicht auf die Rechte auf obligatorische vorzeitige Rückzahlung erklärt, die im Zusammenhang mit der von der Hellenischen Republik vorgeschlagenen vorzeitigen Rückzahlung der Darlehensfazilität für Griechenland entstehen können.

Wie in der Mitteilung des ESM vom 19. September 2024 zu diesem Thema dargelegt ist, die der Arbeitsgruppe „Euro-Gruppe“ vorliegt, würde die Transaktion die Struktur der Staatsschulden Griechenlands geringfügig verbessern. Diese geringfügige Verbesserung der Schuldenposition der Hellenischen Republik durch eine vorzeitige Rückzahlung der Darlehensfazilität für Griechenland steht auch dann mit den Interessen der EFSF im Einklang, wenn auf die Verpflichtungen zu einer proportionalen vorzeitigen Rückzahlung verzichtet wird. Eine proportionale vorzeitige Rückzahlung von EFSF- bzw. ESM-Krediten, ganz oder teilweise, ist aus wirtschaftlicher Sicht derzeit nicht wünschenswert. Die langfristige Position der EFSF ist von einem nachhaltigen Wachstum in Griechenland abhängig. Die obige Empfehlung stützt sich auch auf die laufende Verpflichtung der Hellenischen Republik, bei der Umsetzung der für die Zeit nach Abschluss des Programms vereinbarten Reformzusagen eng mit ihren internationalen Partnern zusammenzuarbeiten und das langfristige Wachstum sowie die langfristige Schuldentragfähigkeit der Hellenischen Republik sicherzustellen.

Die EFSF ersucht Sie als Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Euro-Gruppe“, die Haltung der Sicherungsgeber innerhalb des EAG-Rahmens bezüglich dieser Sachlage und der von der EFSF empfohlenen Antwort abzustimmen.

Die EFSF sieht dem Ergebnis der Erörterungen der Arbeitsgruppe „Euro-Gruppe“ und weiteren Unterrichtungen über die abgestimmte Haltung der Sicherungsgeber in dieser Angelegenheit entgegen. Für Fragen oder Erläuterungen stehen wir den Beteiligten gerne zur Verfügung.

Schlussformel

[Unterschrift]	[Unterschrift]
Pierre Gramegna CEO	Efstathios Sofos Leiter Kreditvergabe

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333